

## 16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Wortprotokoll

### Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

zu TOP 2 unter Zuladung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie und des Ausschusses für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales
--

37. Sitzung  
12. Januar 2009

Beginn: 10.08 Uhr  
Ende: 13.15 Uhr  
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion  
**Gesetz zur automatisierten Schülerdatei**  
Drs 16/1931

[0126](#)

Siehe Inhaltsprotokoll.

### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der Grünen  
**Berliner Aktionsplan gegen Homophobie**  
Drs 16/1966  
Hierzu: Anhörung

[0129](#)

**Vorsitzender Peter Trapp:** Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – Ich höre keinen Widerspruch. – Ich begrüße die Anzuhörenden recht herzlich und bitte sie, an den Mikrofontischen Platz zu nehmen. Es sind für die SPD-Fraktion Herr Yilmaz-Günay von GLADT e. V., für die CDU-Fraktion Bastian Finke vom Maneo-Überfalltelefon, für die Linksfraktion Dirk Liebisch und Ammo Recla von ABQueer e. V., dann die Kriminalkommissarin Maria Tischbier und der Kriminalhauptkommissar Uwe Löher für die Grünen. Für die FDP-Fraktion sind die Bildungsreferentin Stephanie Nordt und der Bildungsreferent Thomas Kugler von KomBi – Kommunikation und Bildung (KBZ e. V.) anwesend. Ich begrüße ebenfalls Frau Eren Ünsal, Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung des Senats (LADS), und Herrn Claus Nachtwey, ebenfalls von der LADS. – Zur Begründung des Antrags der Fraktion Grünen hat Herr Birk das Wort. – Bitte!

**Thomas Birk** (Grüne): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Schönen Dank, dass ich als Gast in diesem Ausschuss unseren Antrag vorstellen darf. Auch von mir noch einmal allen Anzuhörenden ein herzliches Will-

kommen! Und schönen Dank an den Ausschuss, dass das Thema so schnell und mit einer solch umfangreichen Anhörung auf die Tagesordnung kommt!

Leider haben wir letztes Jahr einige besonders brutale Übergriffe gegen Lesben, Schwule und Transgender zur Kenntnis nehmen müssen. Besonders beschämend für die Stadt waren die mutwilligen Beschädigungen des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im August und im Dezember. An dem Mahnmahl wurde dann auch zum ersten Mal die Forderung des Lesben- und Schwulenverbands nach einem nationalen Aktionsplan gegen Homophobie laut. Gleich fünf Mal kam es nach solchen Gewalttaten zu größeren Protesten mit bis zu 2 500 Teilnehmern. Das ist eine neue Dimension. Als hätte es die Szene vorausgesehen, wählte sie letztes Jahr „Hass und Homophobie“ zum Thema des Christopher-Street-Days. Unter dem Motto „Hasst du was dagegen?“ zogen die Demonstrantinnen und Demonstranten durch die Stadt.

Das Thema Homophobie, Transphobie und Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transgender ist womöglich so alt wie die Menschheit, und ich befürchte, wir werden keine Zeit erleben, wo es in Deutschland und in Berlin keine Rolle mehr spielt. Ich möchte auch all denen, die in der letzten Zeit den Eindruck erweckt haben, in der Bundesrepublik sei ein lesben- und schwulenfreundliches Klima selbstverständlicher Konsens, entgegenhalten, dass dieses Land vor rund 30 Jahren noch durch und durch homophob war. Ich kann das aus eigener Erinnerung noch gut sagen. Als ich 1980 versuchte, in meiner erzkatholischen Heimatstadt Krefeld eine Schwulengruppe zu gründen – das war damals so eine Bewegung –, bekamen wir einen Drohbrief von allen Gewerbetreibenden aus der Straße, wo das Treffen stattfinden sollte, und wir haben das dort natürlich nicht gemacht. Keiner wäre damals auf die aberwitzige Idee gekommen, zur Polizei zu gehen. – So viel zum Klima in der Bundesrepublik in der Vergangenheit.

Wir haben seither zwar einige rechtliche und gesellschaftliche Veränderungen erreicht, aber wir werden in jeder neuen Generation um die Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transgendern kämpfen müssen, denn gerade auf Jugendliche prasseln über Elternhaus, soziales Umfeld, Popkultur und Schule die unterschiedlichsten Botschaften ein, was sie denn nun von Lesben, Schwulen und Transgendern halten sollen – und das in einer Phase, wo sie sich gerade erst selbst finden müssen. Ich merke dabei selbstkritisch an, dass die Lesben- und Schwulenbewegung es sich vielleicht zu lange hat gefallen lassen, diese Aufgabe vor allem auf die eigenen Schultern zu nehmen. Es ist endlich an der Zeit, Homophobie in einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung anzugehen. Dazu dient auch unser Vorschlag zu einem Aktionsplan gegen Homophobie.

Wir haben uns als Fraktion seit 2007 erneut intensiv mit diesem Thema beschäftigt. In einer ausführlichen Kleinen Anfrage erkundigten wir uns nach statistischen Daten zu Gewaltvorfällen und nach den Konzepten und Maßnahmen des Senats zur Bekämpfung von Homophobie. Seltsamerweise erinnerte sich der Senat aber erst auf eine weitere Kleine Anfrage des Kollegen Lederer daran, dass in der Statistik der politisch motivierten Kriminalität unter „Hasskriminalität“ auch das Unterthema „Sexuelle Orientierung“ existiert, und lieferte dann auch entsprechende Daten. Aber schon diese machen deutlich, dass hier wohl eine riesige Dunkelziffer – wir sprechen immer von 90 Prozent – existieren muss, denn Maneo und die Lesbenberatung melden ein Vielfaches an Opfern, die sich bei ihnen melden. – Zur Datenlage werden wir wahrscheinlich gleich einiges hören. – Hier gibt es wohl eine große Hemmschwelle, zur Polizei zu gehen. Ziel dieser Anhörung soll auch sein, zu erfahren, woran das liegt und wie man Abhilfe schaffen kann.

Was schlagen wir vor? – Wir schlagen einen Dreiklang vor: Einmal setzen wir bei den potenziellen Opfern und Tätern direkt an. Wir haben Forderungen zur Prävention und dann viele weitere Forderungen, um die Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft insgesamt zu erhöhen. Wir fordern zum einen eine bessere Datengrundlage, einerseits durch regelmäßige Umfragen unter Lesben, Schwulen und Transgendern, aber auch durch eine verbesserte polizeiliche Statistik und sicher auch eine gründlichere Ursachenforschung. Dies muss mit einer bedarfsberechtigten Ausstattung der Träger einhergehen, die sich dem Thema nachsorgend, aber auch präventiv nähern und sich damit beschäftigen. Homophobe Hassgewalt muss mit der angemessenen Ernsthaftigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten behandelt werden. Wir sind nicht für schärfere Strafen – das möchte ich hier ausdrücklich betonen –, aber für zügigere Verfahren, und es sollte geprüft werden, ob Hassstaten nicht als Offizialdelikt behandelt werden können. Das heißt, die Polizei müsste die Strafverfolgung auch ohne vorangegangenen Strafantrag aufnehmen.

Wir werden heute von den Anzuhörenden sicher vieles zu unseren Forderungen nach Prävention in Bildungs- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie sinnvoller Elternarbeit und Aus- und Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen hören. Dazu möchte ich nur eines anmerken: Die Szene ist es leid, immer mit der – auch von uns geforderten – Autonomie der Schule abgespeist zu werden, wenn es darum geht, endlich die entsprechenden Rahmenrichtlinien umzusetzen und die Vielfalt der sexuellen Identitäten und Lebensweisen im Rahmen eines umfassenden Diversity-Ansatzes in Schulbüchern, im Unterricht und durch Projektbesuche fächerübergreifend zu thematisieren.

Wir wollen es aber nicht nur auf den Jugendbereich beschränken. Homophobie gibt es auch am Arbeitsplatz und im öffentlichen Umgang bei Behörden und Dienstleistungen. Deswegen fordern wir im Rahmen des angekündigten Diversity-Konzepts für den öffentlichen Dienst auch dort Maßnahmen gegen Homophobie. Der Senat sollte innerhalb Berlins im interkulturellen Dialog, im Kontakt zu allen Glaubensgemeinschaften – ich betone: allen –, in seiner Öffentlichkeitsarbeit und auch bei internationalen Kontakten genauso eindeutig gegen Homophobie eintreten, wie er es gegen Rassismus und Antisemitismus zur Selbstverständlichkeit hat werden lassen. Dazu gehört auch die weitere gesetzliche Gleichstellung und Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Transgendern und deren Kindern. Dies geht vor allem in Richtung CDU-Fraktion, die sich neuerdings dieses Themas angenommen hat. – Jetzt freue ich mich sehr auf die Anhörung. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Birk! – Zur Begründung der Anhörung – Herr Schreiber, bitte!

**Tom Schreiber (SPD):** Herzlichen Dank! – Das war ja fast schon eine eigene Anhörung, Herr Birk! – Wir wollen kurz begründen, warum wir die heutige Anhörung angemeldet haben. In der Tat gab es im letzten Jahr Vorfälle, die auch in den Medien eine Rolle gespielt haben. Viele Politiker haben sich dazu geäußert. Man hat sich über die Zeitungen geschrieben und die Meinungen ausgetauscht. Wir sagen: Wir machen es grundsätzlich. Wir wollen heute die Expertinnen und Experten anhören, damit man vom Aktionismus wekommt und sich anschaut: Wie ist die tatsächliche – und nicht die gefühlte – Situation im Land Berlin? – Deswegen rufen wir heute das Thema „Gewalt gegen homosexuelle Menschen“ auf. Ich freue mich, wenn wir jetzt mit der Anhörung beginnen.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Schreiber! – Da hier im Innenausschuss die Gewalt im Vordergrund steht, wäre mein Vorschlag, zuerst Herrn Bastian Finke zu hören, dann die beiden Polizeibeamten, um dann mit Herrn Yilmaz-Günay, Frau Nordt, Frau Ünsal und Herrn Liebisch fortzufahren. Können wir so verfahren? – Dann erteile ich Ihnen das Wort, Herr Finke!

**Bastian Finke (Maneo):** Vielen Dank! – Schönen guten Tag! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ausgrenzung und Gewalt gegen Homosexuelle sind ein Thema, das unser Projekt Maneo seit 19 Jahren in Berlin beschäftigt. Menschen in Berlin und in der übrigen Republik müssen nach wie vor damit rechnen, allein aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt, beleidigt oder auch körperlich angegriffen zu werden, sowohl in ihrem privaten Umfeld als auch in aller Öffentlichkeit, eben dann, wenn ihre Homosexualität bekannt oder sichtbar geworden ist.

Nur einige Beispiele aus den letzten Monaten, wie wir sie zu verzeichnen haben: Da wird einem schwulen Mann während des CSD auf dem U-Bahnhof Nollendorfplatz ins Gesicht gespuckt, und er wird als „schwule Sau“ beleidigt. Da werden Drag Kings in Kreuzberg, Lesben in Hellersdorf angegriffen. Das Homomahnmal wird geschändet. In Friedrichshain wird ein Familienvater irrtümlicherweise für schwul gehalten und zusammengeschlagen, ein schwuler Mann am U-Bahnhof Hallesches Tor krankenhausaufreife geprügelt, weil er den scheinbaren Fehler machte, einen Freund zum Abschied zu küssen.

Opfer, die wir betreuen, sind Jugendliche und Erwachsene, in erster Linie Berliner, in Berlin geborene und zugezogene Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft, und auch Touristen, die Berlin besuchen. Jedes einzelne Opfer verdient es, in seiner individuellen Betroffenheit und Situation erkannt zu werden. Wir sprechen hier von vorurteilsmotivierter Gewalt, von Vorurteilskriminalität, von Hassgewalt. Der Angriff auf ein oftmals willkürliches Opfer besitzt eine stets einschüchternde Botschaft an die gesamte Opfergruppe, die die gleichen Merkmale besitzt, hier die Homosexualität. Hassverbrechen richten sich gegen die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft. Sie stellen eine Bedrohung dar, weil sie ein Menschenrecht verletzen: das Recht eines jeden Menschen, gleichwertig und Mitbürger unserer Gesellschaft zu sein. Deshalb: Angriffe auf Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung sind auch Angriffe auf die Menschenwürde als Gemeinschaftswert.

Im Rahmen unserer Projektarbeit erfassen wir als Opferhilfe vorwiegend homophobe Gewalttaten. Bei zwei Dritteln der von uns im Jahre 2007 im Raum Berlin neu erfassten und bearbeiteten Fälle – dies waren ca. 190 von insgesamt 270 Fällen – finden wir Anhaltspunkte für vorurteilsmotivierte Gewalt. Neben diesen neuen

Fällen bearbeiten wir jedes Jahr weitere Fälle aus den zurückliegenden Jahren, die sich also noch mit anhängen. Somit waren es 2007 insgesamt 410 Fälle. Bei allen weiteren Fällen handelt es sich um Vorfälle, wo ebenfalls die Homosexualität in einer besonderen Weise eine Rolle spielte: häusliche Gewalt, Beischlafdiebstahl, Gewalt im Freier-Stricher-Kontext, sexuelle Nötigung usw. Nur zwei Beispiele: Ein schwuler Schüler muslimischer Herkunft wird bei einem riskanten Abenteuer vergewaltigt; die Familie darf von seiner Homosexualität nichts wissen. – Ein Mann wird erpresst. Er ist verheiratet, hat Familie, ein gemeinsames Haus, einen guten Job. Er ist bei einem heimlichen One-Night-Stand an einen Menschen geraten, der nun droht, der Familie, den Nachbarn, der Arbeitsstelle von seiner Homosexualität zu berichten. Der Mann steht kurz vor dem Selbstmord.

Aktuelle Zahlen für 2008 kann ich heute noch nicht vorlegen. Sie liegen jedoch unter den Zahlen von 2007 – nicht, weil uns weniger Fälle erreichen, sondern weil wir es nicht mehr schaffen, mehr Fälle zu bearbeiten und zu betreuen.

Maneo ist ein Projekt, das insgesamt vier Arbeitsbereiche vereint und deshalb seit nahezu 19 Jahren erfolgreich arbeiten kann. Hierzu gehören die Opferhilfe, die Meldestelle, das heißt die Erfassung schwulenfeindlicher Gewalt, die Gewaltprävention, das heißt die Vor-Ort-Arbeit in den Szenen, und die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements, das heißt die Arbeit mit ehrenamtlichen Mitarbeitern. Aufgrund der finanziellen Förderungspraxis – im letzten Jahr haben wir für unsere Arbeit 66 000 Euro erhalten, das sind seit 1994 etwa 5 000 Euro mehr – waren wir neben einer festen Stelle und einem Zivildienstleistenden immer darauf angewiesen, ehrenamtliche Mitarbeiter einzubinden, die wir regelmäßig schulen, deren Arbeit wir begleiten und deren Einsatz wir koordinieren. Das erfordert Zeit und Einsatz. Aufgrund dieser finanziellen Enge, die uns keine Luft mehr für Öffentlichkeitsarbeit, das heißt für Material und öffentliche Aktionen, gelassen hat, haben wir vor knapp drei Jahren einen Lottomittelantrag gestellt, der auch genehmigt wurde. Damit haben wir unsere Maneo-Toleranzkampagne realisiert. Unterstützt von vielen zusätzlichen ehrenamtlichen Helfern, haben wir zehn öffentlichkeitswirksame Projekte umgesetzt.

Dazu gehören eine Plakatkampagne zum Thema Homophobie und Fußball, die die Diskussion verstärkt hat, zwei Kurzfilme, sogenannte „Social Spots“, die auf den Internationalen Filmfestspielen in Berlin 2007 als herausragend gewürdigt wurden, drei europäische Fachkonferenzen zum Thema Homophobie und Hassgewalt, öffentliche Aktionsrunden, diverses Informationsmaterial, kreative Aktionen, eine Wanderausstellung „Zeugnisse schwulenfeindlicher Gewalt“, und wir haben zwei Umfragen durchgeführt, unterstützt von einem renommierten Wissenschaftsteam. Neben den unmittelbar von uns erfassten Zahlen haben uns die zwei deutschlandweiten Umfragen geholfen, mehr über das Dunkelfeld nicht angezeigter schwulenfeindlicher Gewalttaten zu erfahren. Es sind die bislang größten Umfragen, die zu vorurteilsmotivierter Gewalt gegen Schwule und Bisexuelle in Deutschland durchgeführt wurden. 24 000 Personen beteiligten sich an der ersten Umfrage – 3 000 aus Berlin –, 17 500 Personen ein Jahr später an der zweiten Umfrage – 2 150 aus Berlin. Die hohe Anzahl der Teilnehmer verdeutlicht das überaus große Interesse an der Thematik. Die zweite Umfrage ist noch nicht vollständig ausgewertet. Die Ergebnisse weichen jedoch im Großen und Ganzen nicht von den Ergebnissen der ersten Umfrage ab.

In der ersten Umfrage berichteten uns ca. 34 Prozent der Teilnehmer von homophoben Gewalttaten gegen sie selbst, die sie in den letzten 12 Monaten erfahren hatten. In der zweiten Umfrage waren es etwa 40 Prozent. 90 Prozent dieser Fälle sind bei der Polizei nicht angezeigt worden. Ein Großteil der Betroffenen, das heißt etwa 65 Prozent, wurde verbal beleidigt und belästigt. Vor einer Bagatellisierung derartiger Vorfälle muss gewarnt werden, vor allem dann, wenn Betroffene immer wieder Formen von Demütigung und Ausgrenzung ausgesetzt sind. Auch wenn die Umfrage nicht repräsentativ ist, so erschreckt doch die Anzahl der Vorfälle. Erschreckend ist auch, dass in über 30 Prozent der Fälle mit erheblicher Körperverletzung und in über 40 Prozent der Fälle mit Raub keine Anzeige erstattet wurde. Tatort Nummer 1 ist das öffentliche Straßeland und sind die öffentlichen Verkehrsmittel. Das heißt, 60 Prozent der Fälle finden in aller Öffentlichkeit statt.

Während einerseits weitere gesetzliche Rahmenbedingungen in Deutschland geschaffen wurden, um zu verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung schlechter gestellt und benachteiligt werden – ich verweise hier u. a. auf die Berliner Landesverfassung, Artikel 10 –, kommt diese Botschaft offensichtlich

in vielen Teilbereichen unserer Gesellschaft nicht richtig an. Das Deutsche Forum für Kriminalprävention hat drei besondere Herausforderungen im Kontext einer effektiven Kriminalprävention von Vorurteils kriminalität herausgearbeitet. Erstens – Sanktionen: Wie an keiner anderen Stelle wirkt das Strafrecht hier als Schutzschild für Menschenrechte. Zweitens – Prävention: frühzeitige Intervention in den zentralen Institutionen der Erziehung und Bildung, und zwar ab dem Kindergarten. Drittens – Opferhilfe: Auf gesellschaftlicher Ebene fordert der Botschafts- und Aufforderungscharakter der Vorurteils kriminalität klare Unterstützungssignale an die Opfer. Auf die angstmachende Botschaft muss mit einer starken Gegenbotschaft der Gemeinschaft reagiert werden, um die potenziellen Opfer zu ermutigen. Der vorliegende Berliner Aktionsplan gegen Homophobie geht auf die Forderung des Deutschen Forums für Kriminalprävention ein.

Wir sehen zwei Problembereiche angesprochen, die dringend einer Nachbesserung bedürfen: die Opferhilfe und die Gewaltprävention. Die Opferhilfe führt in unserer Gesellschaft noch immer ein Schattendasein. Der Opferhilfe fehlt nach wie vor die Anerkennung, ein eigenes Fachgebiet, eine eigene Profession zu sein. Opferhilfe ist ein komplexes, interdisziplinäres, im Bereich der Sozialpädagogik angesiedeltes Fachgebiet, das viele eigenständige Fachgebiete miteinander vernetzt, ohne all diese Aufgaben unmittelbar selbst zu leisten. Wesentlich ist, dass die Opferhilfe hilft, Fehlentwicklungen in der Versorgung und Unterstützung des Opfers zu korrigieren. Darüber hinaus steht unsere Opferhilfearbeit als spezialisierte Opferhilfe vor einem besonderen Hintergrund, nämlich dem einer langanhaltenden Verfolgungsgeschichte von homosexuellen Männern in unserer Gesellschaft unter dem § 175 sowie all seiner Nachwirkungen. Manéo arbeitet in erster Linie mit Menschen, die unter diesen Folgen leiden. Viele schwule Männer leiden unter den Folgen eines als traumatisierend erlebten Coming-outs. Denken wir hier allein an das Spießrutenlaufen, das homosexuelle Jugendliche noch immer an den Schulen und in ihren Familien erleben müssen, an die bereits vielfach erlebten Bedrohungssituationen, an die Furcht vor weiteren Benachteiligungen usw.! Unsere Arbeit berücksichtigt diese besonderen Schwierigkeiten – auch für schwule Männer, die hier in Berlin leben und in anderen, nichtdeutschen, kulturellen Zusammenhängen aufgewachsen sind, wo beispielsweise Homosexualität und homosexuelle Handlungen unter Männern weiterhin ein großes Tabu darstellen.

Der zweite Problembereich ist die Gewaltprävention. Das hohe Dunkelfeld nicht angezeigter Straftaten macht erforderlich, vertrauensbildend in den unterschiedlichen Szenen unserer Stadt zu arbeiten, vor allem auch den Tätern die Sicherheit zu nehmen: Homosexuelle wehren sich nicht, werden bei der Polizei nicht ernstgenommen und nicht gleichwertig behandelt. – Neben notwendiger, allgemein zu fördernder gesellschaftlicher Aufklärungsarbeit muss vor allem Vertrauensarbeit mit Vorbildcharakter in den Szenen unserer Stadt geleistet werden. In diesem kriminalpräventiven Bereich war Manéo seit Anbeginn immer wieder tätig. Wir haben nie eine abwartende Haltung eingenommen, sondern sind stets proaktiv auf die Szenen zugegangen und haben intensive Vor-Ort-Arbeit in den Schwulenszenen geleistet. In zahlreichen Runden Tischen haben wir gezielt die Polizei mit eingebunden und dazu beigetragen, dass das Vertrauen in den Schwulenszenen gegenüber der Polizei wachsen konnte – ein langanhaltender und noch immer mühseliger Prozess, wie wir sehen.

Seit einigen Jahren mussten wir nun aufgrund wachsender Nachfragen im Bereich der Opferhilfe unsere gewaltpräventive Vor-Ort-Arbeit stark reduzieren. Uns fehlt die Zeit. Unsere Anträge, Ressourcen für unsere Arbeitsbereiche Opferhilfe sowie Gewaltschutz und Gewaltprävention zu verbessern, wurden in den letzten Jahren von unserer Senatsverwaltung regelmäßig abgelehnt. Die durch Straftaten verursachten Schäden, aber auch die Folgen von Fehlentwicklungen in der Nachsorge belasten in einem ganz erheblichen Maß den Polizeiapparat, die Justiz sowie unser Sozial- und Gesundheitssystem. Vorurteilsmotivierte Gewalttaten belasten darüber hinaus den sozialen Frieden. Die Taten beunruhigen nicht nur das unmittelbare Opfer, sondern schüren in der gesamten betroffenen Gruppe Ängste und provozieren Menschen, sich selbst noch mehr zu schützen. Eine Gewaltspirale kann so in Gang gesetzt werden. Opfer vorurteilsmotivierter homophober Hassgewalt brauchen ein unmissverständliches und starkes gesellschaftliches Signal, mit dem deutlich wird, dass die Gesellschaft ihre Sorgen und Ängste ernst nimmt und sich mit ihnen solidarisiert. Optimale Opferhilfearbeit trägt wesentlich zum Genesungsprozess der Betroffenen und zum sozialen Frieden bei. Wenn Opferhilfearbeit richtig funktioniert, dann sind die Betroffenen – so erleben wir sie dann in unseren Gesprächen –, die letzten Menschen, die nach schärferen Gesetzen und mehr Sanktionen rufen. Leider erleben wir derzeit noch immer die fortgesetzte Bagatellisierung, das heißt die weitverbreitete Ignoranz homophober Gewalt, die auch dazu führt, dass schwule Antigewaltprojekte wie Manéo in Berlin und auch lesbische Antigewaltarbeit noch

immer ein Schattendasein führen und immer wieder getröstet werden. Wir erleben das seit 14 Jahren. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Finke! Sie haben die 15-Minuten-Grenze fast erreicht. – Ich bitte die anderen Anzuhörenden, bei 10 Minuten langsam zum Schluss zu kommen, denn wir wollen auch noch eine Runde innerhalb der Fraktionen starten. – Als Zweiter dann bitte Herr Kriminalhauptkommissar Löher!

**Uwe Löher (Polizei):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stelle des Ansprechpartners der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gibt es seit 1992. 2006 wurde eine zweite Stelle eingerichtet und mit einer Frau besetzt – meiner Kollegin Maria Tischbier –, um den Anforderungen in Bezug auf Straftaten gegen lesbische Frauen besser gerecht werden zu können. Die Einrichtung der Stelle erfolgte, um das durch die gesellschaftliche Ächtung und den § 175 jahrzehntelang schwer belastete Verhältnis zwischen Homosexuellen und der Polizei zu normalisieren. Polizeiintern haben wir daher folgende Aufgaben: die Aus- und Fortbildung von Polizeiangehörigen mit dem Ziel, eine angemessene Opferbetreuung sicherzustellen und die Fachkenntnisse der Beamten zu erhöhen, die Auswertung von Straftaten gegen Homosexuelle, die Entwicklung repressiver und präventiver Konzepte sowie die Ermittlungsunterstützung im Einzelfall. Polizeiextern liegen unsere Schwerpunkte auf der Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und damit verbundener Öffentlichkeitsarbeit und Gewaltprävention.

Straftaten gegen Homosexuelle sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht recherchierbar, da die sexuelle Orientierung der Opfer nicht erfasst wird. Taten der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung werden statistisch beim Polizeilichen Staatsschutz erfasst und ausgewertet. Ausschlaggebend ist dabei allein die Tätermotivation und nicht die tatsächliche sexuelle Orientierung der Opfer. Für 2007 wurden dort bisher 43 Fälle als Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung erfasst. Ein Hellfeld bildet jedoch nicht die Realität ab.

Dass es Straftaten gegen Lesben und Schwule aufgrund deren sexueller Orientierung gibt, ist als Phänomen unzweifelhaft. Zu den Fällen, wie sie dieses Jahr verstärkt in den Medien bekannt wurden, können für die vergangenen Jahre vergleichbare Fälle festgestellt werden, was in der Gesamtbevölkerung meist Verwunderung auslöst. Wir gehen dabei von einem sehr hohen Dunkelfeld aus. Die Delikte selbst reichen dabei von verbalen Angriffen bis zu Körperverletzung in verschiedener Abstufung, auch verbunden mit Raubtaten. Die Tatorte liegen dabei häufig in der Öffentlichkeit, in der Umgebung von Szenetreffpunkten oder auch im Wohnumfeld des Opfers. Als Täter treten überdurchschnittlich oft männliche Jugendliche, männliche Heranwachsende und junge männliche Erwachsene auf. Strukturell haben sie in der Regel große Überschneidungen mit der Bevölkerungsstruktur der Tatortumgebung. Die Auswertung des Hellfeldes weist große Übereinstimmungen mit den Ergebnissen soziologischer Untersuchungen oder Umfragen wie der vorhin genannten Online-Befragung schwuler Männer im Rahmen der Maneo-Toleranzkampagne 2006 und 2007 auf. Dunkelfeldforschung und die Auswertung des Hellfeldes ermöglichen erst zusammen eine gute Einschätzung der Lage.

Zur Gewalt gegen lesbische Frauen liegen derzeit nur ältere Untersuchungen vor, die tendenziell ähnliche Ergebnisse zeigen. Unterschiede gibt es hier allerdings in der Deliktstruktur. Es ist notwendig, Straftaten gegen Lesben und Schwule konsequent zu verfolgen und damit ein Stoppsignal an die Täter zu senden. Um dies tun zu können, müssen wir als Polizei jedoch von diesen Taten und auch von der Tätermotivation erfahren. Die Steigerung der Anzeige- und Aussagebereitschaft ist daher eines unserer Ziele. Dabei spielen Beratungseinrichtungen für Lesben und Schwule eine große Rolle als Multiplikatoren. Ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit, insbesondere mit Maneo, auf den Gebieten der Opferhilfe, Gewaltprävention und Öffentlichkeitsarbeit würden vertrauensbildende Maßnahmen der Polizei oft in der Wirkung stark eingeschränkt bleiben, weil nur ein geringer Adressatenkreis erreicht werden kann. Maneo steht dabei für alle Felder nur eine Stelle zur Verfügung. Für den Bereich lesbischer Frauen fehlt ein ausgewiesenes Antigewaltprojekt in Berlin.

Ein geeignetes Mittel, Straftaten gegen Lesben, Schwule und Transgender mittel- und langfristig zu verhindern, ist auch die Schaffung eines toleranten Klimas gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen und

Identitäten, insbesondere an Schulen, in der Jugendarbeit und im Sport – entsprechend der vorhin genannten Täterstruktur. Die Berliner Polizei unterstützt bereits entsprechende Kampagnen lesbisch-schwuler Einrichtungen wie z. B. die Respect- und Community-Gaymes des LSVD oder Aktionen im Rahmen der Maneo-Toleranzkampagne. Durch Verhaltensberatung und Aufklärung potenzieller Opfer versuchen wir, Straftaten auch kurzfristig vorzubeugen. Am besten funktioniert auch dies gemeinsam mit Einrichtungen von Lesben, Schwulen und Transgendern wie z. B. mit Maneo oder der Lesbenberatung, weil der Zugang zur Zielgruppe häufig durch diese erst ermöglicht wird. – Ich bedanke mich!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Recht schönen Dank! – Dann kommen wir zum nächsten Experten. Das ist Herr Yilmaz-Günay. – Bitte, Sie haben das Wort!

**Koray Yilmaz-Günay** (GLADT e. V.): Herzlichen Dank für die Einladung! – Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme von einem Verein, der GLADT heißt, ausgeschrieben mit dem sonderbaren Namen „Gays & Lesbians aus der Türkei“. Aus verschiedenen Gründen, die historisch aufzuarbeiten sich hier nicht lohnen, ist der Name so entstanden. Wir sind keine Opfereinrichtung und kein Verein, der sich hauptsächlich mit homophober Gewalt beschäftigt, sondern eine Selbstorganisation von türkischen, kurdischen, arabischen, iranischen, italienischen, französischen, vielen schwarzafrikanischen und ostasiatischen Schwulen und Lesben – das also, was man jetzt gemeinhin als Migrantenselbstorganisation bezeichnet.

Wir begrüßen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Berliner Aktionsplan gegen Homophobie sehr, u. a. deswegen, weil dort versucht wird, Homophobie tatsächlich als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu definieren. Das kommt selten genug vor. Häufig gibt es Zuschreibungen in Bezug auf homophobe Einstellungen oder Manifestationen davon in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen. Das sind in der Regel dann Rechtsextreme oder Migranten. Hier wird versucht, das ein bisschen komplexer zu deuten. Das freut uns sehr. Darüber hinaus wird der Staat aufgefordert, laufende Aktivitäten zu bündeln und zu intensivieren – immer ein sehr lohnenswertes Unterfangen! Und – das finde ich fast revolutionär – hier werden zum ersten Mal Dinge angesprochen, die lange, lange vernachlässigt wurden, z. B. Gewalt gegen lesbische Frauen und Transpersonen, beides Bevölkerungsgruppen, wo wir annehmen, dass das sogenannte Dunkelfeld sehr viel größer ist als bei Männern, die aufgrund ihrer Privilegien, die sie als Mann trotz Schwulsein doch genießen, mehr Zugang zu gesellschaftlichen Orten, Gütern und Ressourcen haben, sodass es wahrscheinlicher ist, dass Gewalttaten gegen sie an die Oberfläche gelangen. Als letzter der vier Punkte, auf die ich wegen der Zeit nur eingehen möchte, wird Beteiligung und Zielgruppenspezifika großgeschrieben. Auch das ist etwas, was wir sehr begrüßen.

Ich will auf die vier Punkte, die ich genannt habe, aus unserer Perspektive eingehen, weil wir sehen, dass unsere Gesellschaft – auch meine Gesellschaft, in der ich lebe – ein bisschen komplizierter und komplexer geworden ist, als es häufig wahrgenommen wird. Wir hätten gern, dass sich z. B. solche Aktionspläne und Gesetze der Politik auch an unseren Realitäten orientieren, also an den Realitäten von Leuten, die z. B. Migrant und schwul oder Migrantin und trans sind. Das ist etwas, was leider noch nicht üblich ist. Wir glauben aber aufgrund der zehn Jahre, die wir jetzt bestehen, dass wir einen Beitrag dazu leisten können, und freuen uns deswegen umso mehr, dass wir heute hier sprechen dürfen.

Zum ersten Punkt, Homophobie als gesamtgesellschaftliches Phänomen in den Blick zu nehmen, möchte ich sagen, dass da der Antrag ein bisschen zu kurz greift, weil er Homophobie im Wesentlichen als körperliche Gewalt gegen Lesben und Schwule definiert, die in der Öffentlichkeit passiert. Wenn man ein bisschen zwischen den Zeilen liest, wird hier nicht einmal Gewalt gegen Homosexuelle, Lesben und Schwule, sondern hauptsächlich Gewalt gegen schwule Männer thematisiert. Das finden wir schade. Wir finden weiterhin schade, dass Transgenderpersonen, Transsexuelle und Intersexuelle zwar nominell vorkommen, indem sie genannt werden, dass sich aber die differenten Realitäten dieser Personen in keiner Weise in den Vorschlägen, die gemacht werden, widerspiegeln. Weil Homophobie hauptsächlich als Gewalt gegen schwule Männer und dann vielleicht gegen lesbische Frauen und in der Folge irgendwann sicher auch gegen andere definiert wird, glauben wir, dass die Alltagsdimensionen von Lesben- und Schwulenfeindlichkeit in diesem Antrag nicht so gut zur Geltung kommen.

Wir glauben, dass durch Vokabeln wie „interkultureller Dialog“ und „unterschiedliche Glaubensgemeinschaften“ sowie den Rekurs auf bestimmte Musikrichtungen Kontexte wachgerufen werden, die hauptsächlich mit Migration und dann selbstverständlich mit Islam zu tun haben, ohne dass diese benannt werden. Das ist schade, weil es sich lohnt, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Dann muss man sie aber auch offen formulieren, und zwar deswegen, weil es gerade in den letzten sechs, sieben, acht Monaten eine Mediendebatte über Migration und Homophobie in Berlin gibt, die bis dahin führt, dass Politiker in Berlin fordern, dass sich Leute, die mit der vermeintlichen Homosexuellenfreundlichkeit in diesem Land nicht klarkommen, doch dafür entscheiden sollten, das Land zu verlassen. Die vorgeschlagenen Reaktionsweisen in dem Antrag in Bezug auf die Berliner Bevölkerung reichen vor allem zur Sensibilisierung von Polizeibeamten und zur Aufklärung von Jugendlichen, was ein bisschen den Eindruck erweckt, als sei sonst alles in Ordnung in Berlin. Es gibt aber keinen Anlass zu glauben, dass in Berlin außer bei der Polizei und bei Jugendlichen alles in Ordnung sei. Wenn man sich die Studien von Prof. Wilhelm Heitmeyer vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung anguckt, dann gibt es bei der Mehrheitsbevölkerung alles andere als Grund zur Entwarnung.

Wir glauben, dass damit wichtige Schnittmengen verloren gehen, die sich aus dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ergeben würden, dass aber auch die Verzahnung der vorgeschlagenen Maßnahmen mit den bereits laufenden Aktivitäten im Land Berlin ein bisschen vertan wird. Namentlich wären die Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“, das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ oder das Aktionsprogramm „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ zu nennen. Es gibt bereits Sachen in Berlin, wo es sich lohnen würde, noch einmal die Schau zu intensivieren, wie sich daran anknüpfen ließe. Damit wäre es dann sicher auch möglich, bestehende zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken und auf bestehende Netzwerke zurückzugreifen. Wir glauben, dass sich Homophobie nicht allein staatlich bekämpfen lässt, so wenig wie andere menschenverachtende Ideologien sich vor allem staatlich bekämpfen lassen. Ein Rückgriff auf die Zivilgesellschaft wäre immens wichtig, das ist hier ein bisschen unterbeleuchtet. Hier wären das „Antidiskriminierungsnetzwerk des Türkischen Bundes“ zu nennen oder der „Arbeitskreis Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Migrantinnen- und Migrantengemeinschaften“, der bei der Landesantidiskriminierungsstelle läuft. Das sind Sachen, wo sich vielleicht erst einmal eine Evaluation und dann ein Ausbau lohnen würden.

Zum dritten Punkt, der Sichtbarkeit von Gewalt gegen Lesben und Transpersonen: Wir halten es für unbedingt wünschenswert, dass vor allem in dem Bereich Forschung betrieben wird, weil dort noch weniger als bei schwulen Männern belastbare Zahlen vorliegen, was die Gewalt gegen lesbische Frauen, Transpersonen, Transgender, Transsexuelle angeht. Ich halte es allerdings nicht für sinnvoll, da auf Online-Befragungen zurückzugreifen, wie es vorgeschlagen wird, weil gerade das, was man Repräsentativität nennt, das ist, was fehlt.

Es sind nicht so sehr gesammelte Einzelfallgeschichten, sondern das, was de facto in der Gesellschaft der Fall ist, müsste herausgearbeitet werden – also qualitative Forschung, die es nicht ermöglicht, Schindluder mit Ergebnissen zu betreiben, wie das bisher manchmal mit Studien oder Erhebungsergebnissen passiert.

Viertens – zur Beteiligungs- und Zielgruppenspezifika: Beteiligung ist immer dann ein Zauberwort, wenn es sich um schwierig erreichbare Bevölkerungs- oder Zielgruppen dreht. Nachdem – wie in vielen anderen Bereichen auch – jahrelang bestimmte Bevölkerungsgruppen aus dem Fokus von Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit herausgehalten wurden, sind wir heute damit konfrontiert, dass Migrantinnen und Migranten oder Musliminnen und Muslimen Homophobie vorgeworfen wird. Die Antwort auf die Frage: Warum sind sie alle homophob? – ist dann: Na ja, Migration oder Islam. – Wenn man sich anguckt, was in den letzten 10, 20 oder 25 Jahren in dem Bereich tatsächlich gelaufen ist, welche Leute in Broschüren, auf Plakaten, in Aufklärungskampagnen vorgekommen sind, dann drängt sich einem der Verdacht auf, Homosexualität sei tatsächlich ein deutsches, weißes, christliches Phänomen, wohingegen Migration frei davon sei. Ich glaube, dass sich da ein Blick lohnen würde, weil in Migrantinnen- und Migranten-Communities Homophobie genauso stark oder schwach vorkommt wie in anderen Bevölkerungsgruppen auch, aber uns fehlen Antworten. Wie reagieren wir darauf, wenn aus einer vermeintlichen Opfergruppe Gewalttaten oder schlimme Einstellungen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen kommen? Das führt zu einer immensen Handlungssicherheit. Ich merke das, weil ich bei GLADT in einem Projekt arbeite, das sich mit der Entwicklung von pädagogischem Material beschäftigt. Es gibt bisher wenig Möglichkeiten für Pädagoginnen und Pädagogen, mit Homophobie oder Sexismus umzugehen, wenn sie von Migrantenjugendlichen ausgehen. Natürlich ist der Reflex, zu sagen, wir möchten diese Jugendlichen vor weiterer Stigmatisierung schützen, richtig. Andererseits ist es auch richtig, zu sagen, wir müssen Homophobie bearbeiten. Wie wir das unter einen Hut bekommen, ist im Augenblick nicht zu beantworten. Deswegen halte ich die zahlreichen Aufforderungen zur Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in diesem Antrag für verfrüht, denn es fehlt an Material, das funktionieren würde. Wenn wir heute 4 Milliarden Euro hätten, die wir dafür ausgeben könnten, würde das nichts helfen. Der Ruf nach mehr Geld und mehr Unterstützung für die Projekte ist super, aber damit ist es nicht getan. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Vielen Dank, Herr Yilmaz-Günay! – Wir kommen zur nächsten Anhörung. Herr Recla, bitte!

**Ammo Recla** (ABQueer e. V.): Wir haben uns das mit den Kolleginnen und Kollegen von KomBi aufgeteilt. Sie werden mehr zum Hintergrund und zur Lebenssituation von schwulen und lesbischen und vielleicht auch Trans-Jugendlichen in Schulen und Freizeiteinrichtungen berichten. Wir werden aus unserer Arbeit sehr konkret einige Punkte vorbringen. – Zuerst möchte ich Ihnen aber erst einmal dafür danken, dass wir hier reden dürfen, und vorwegschicken, dass wir den Aktionsplan in jedem Fall unterstützen, weil er ein guter Ausgangspunkt ist. Wir haben schon einige Anmerkungen anderer Vereine gehört. Auch wir denken, dass das nicht ausgereizt ist mit allem, was dort verzeichnet ist, aber einige Sachen sind so gut, dass wir sie auf jeden Fall unterstützen wollen, und die wollen wir Ihnen vortragen.

Vorweg noch kurz zu dem Ausgangspunkt, von dem aus wir blicken: Der Verein ABQueer hat sich aus dem Jugendnetzwerk Lambda herausgebildet, das sich schon 1990 gegründet hat. Wir haben also mit dem Projekt, das Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendclubs leistet, viel Erfahrung. Der Verein ABQueer selbst ist seit dem Jahr 2005 tätig und Trägerverein verschiedener Projekte, die alle zum Themenkomplex lesbische, schwule, Bi- und Trans-Lebensweisen arbeiten. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt dabei auf der Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit mit Jugendlichen einerseits und mit Pädagoginnen und Pädagogen andererseits.

Noch ein paar Zahlen zum Aufklärungsprojekt: Das Aufklärungsprojekt ist 18 Jahre alt und führt pro Jahr ca. 100 Veranstaltungen an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin durch. Das heißt, wir erreichen pro Jahr ungefähr 2 500 Berliner Schülerinnen und Schüler. Das ist eine stolze Zahl für ein Aufklärungsprojekt, das ehrenamtlich arbeitet. Wir sind ganz zufrieden damit. Unterstrichen sei hier „ehrenamtlich arbeitet“. Das Problem ist, wenn wir diese 2 500 Schülerinnen und Schüler in die Relation zu der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in Berlin setzen, kommen dabei für das Jahr 2007 0,8 Prozent heraus. Das ist natürlich ernüchternd und nicht mehr so stolz, aber da sei wiederum auf unsere beschränkten personellen und

finanziellen Ressourcen verwiesen, die anderes nicht möglich machen. Nicht nur, dass das Geld fehlt, sondern auch die Wege in der Schule vor allem – in Jugendfreizeiteinrichtungen sieht das etwas anders aus –, darauf liegt unser Hauptaugenmerk, weil das unsere Kernkompetenz ist – Da ist noch viel zu tun. Vor allem wird die Rahmenrichtlinie, die fordert, dass eigentlich viel mehr Schülerinnen und Schüler uns genießen dürfen – so nenne ich das einmal –, nicht umgesetzt, obwohl sie inhaltlich sehr gelungen ist. Die überwiegende Zahl der Schülerinnen und Schüler in Berlin ist also unversorgt, und das ist eine große Versorgungslücke, die es zu schließen gilt.

Wir beschäftigen uns seit langem und fast täglich mit den Themen Homosexuellenfeindlichkeit und Heterosexismus und stellen fest – das ist für uns auch ein wichtiger Punkt –, dass die beiden Themen in nahezu allen Schulen gleichermaßen verbreitet sind und dass das unabhängig von Schultypen und auch von den Bezirken ist, in denen wir uns aufhalten. Homophobie ist also – das wurde heute schon mehrmals gesagt – ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das auch als solches wahrgenommen und angegangen werden muss. Es kann nicht zu einem Minderheitenproblem reduziert werden. Es geht insbesondere – die Kolleginnen und Kollegen von GLADT weisen immer wieder darauf hin – bei den jüngsten Diskussionen darum, dies nicht als ein Problem unter Migrantinnen und Migranten zu verstehen. So habe ich auch den Aktionsplan verstanden, den die Fraktion der Grünen vorgelegt hat. Darum scheint es auch nicht zu gehen, sondern das Problem soll gesamtgesellschaftlich angegangen werden, und dafür machen wir uns auch stark. Es ist uns wichtig, das hier nochmals zu unterstreichen.

Berlin muss sich aus unserer Sicht zu einer Pädagogik der Vielfalt bekennen und dafür die Weichen stellen, das heißt nicht nur in der Bildungs-, sondern in der gesamten Jugendpolitik. In Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Universitäten und den dazugehörigen Verwaltungen muss das Thema Vielfalt von Lebensweisen inhaltlich wie personell fest verankert werden. Natürlich kostet das alles Geld, aber unserer Meinung nach ist es neben allen Haushaltszwängen auch ein Akt des politischen Willens, Finanzen bereitzustellen und damit deutliche Signale zu senden und Versorgungslücken zu schließen, die wir seit Jahren verzeichnen. Unser Ziel – und hoffentlich auch Ihr Ziel – ist klar: Die Schule soll ein diskriminierungsfreier Ort werden, an dem die verschiedensten Lebensweisen aller Anwesenden, also nicht nur von Schülerinnen und Schülern, sondern auch von Lehrerinnen und Lehrern, von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, selbst von Haustechnikerinnen und Haustechnikern – egal, wer dazu gehört – akzeptiert und ein respektvolles Miteinander gefördert und eingeübt wird. Schule ist ein sozialer und sozialisierender Ort, und das ist wiederum ein wichtiger Punkt für uns. Die Schule kann nicht nur Wissensvermittlerin sein – gerade in Berlin ist sie es schon seit vielen Jahren nicht mehr –, sondern sie ist ein Ort der Sozialisierung, und das soll in den Blick genommen werden. In Bezug auf die Vielfalt von Lebensweisen heißt das, dass wir Maßnahmen ergreifen, die zum Einüben bringen und den Jugendlichen eine Chance geben, sich damit in vielfältiger Weise auseinanderzusetzen.

Ich habe einige Punkte aus dem Aktionsplan herausgegriffen, die wir für besonders notwendig halten, weil wir sie unterstreichen wollen. Das heißt, Diversity muss Pflichtthema in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erziehern und Personen, die in der Kranken- und Altenpflege tätig sind, sein. Im Zuge der Qualitätssicherung müssen für die genannten Berufsgruppen regelmäßige und qualifizierte Fortbildungen obligatorisch sein. Dazu sind geeignete Möglichkeiten und Anreize zur Verfügung zu stellen. Mit Anreizen meine ich nicht nur, dass sie bezahlt werden müssen, sondern ich meine eher damit, dass es gewünscht wird – auch von den obersten Dienstherrinnen und Dienstherrn –, dass die Leute, die mit den Jugendlichen umgehen, im Zuge des lebenslangen Lernens auch mit den aktuellen Wissensständen hinsichtlich verschiedenster Probleme vertraut sind und diese auch in adäquater Weise vermitteln können.

Stichwort Materialien – auch das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich ist es kein Anreiz, wenn ich weiß, ich muss mir meine Materialien zu Hause selbst basteln und kann auf nichts zurückgreifen. Es würde mich als Lehrer auch nicht besonders motivieren, dann noch eine 80-stündige Fortbildung zu absolvieren, wenn ich am Ende mit nichts dastehe oder nur mit theoretischen Inputs, aber mit keinen praktischen. Auch da Materialien zur Verfügung zu stellen, ist auf jeden Fall ein sinnvoller Punkt.

Die Umsetzung der eben schon genannten A V 27, das ist die Berliner Rahmenrichtlinie für Sexualerziehung, ist inhaltlich gelungen. Es gibt sie schon seit 2001. Das ist alles ganz toll und wunderbar, und wir freuen uns auch sehr, nur ist sie keinem Lehrer oder nur wenigen vertraut oder bekannt. Das zu ändern, wäre für uns ein wichtiger Punkt. Auch das würde sicherlich die Zusammenarbeit mit außerschulischen Projekten, wie wir es zum Beispiel sind, aber mit vielen anderen auch, sehr erleichtern.

Damit verbunden ist die Einsetzung einer oder eines Diversity-Beauftragten in Schulen, die oder der als Ansprechpartner fungiert und die nachhaltige Umsetzung einer Pädagogik der Vielfalt in ihrer oder seiner Schule umsetzt. Da geht es nicht darum, noch mehr Verwaltung zu schaffen, sondern die Verwaltung und die Themen, die wir in den Schulen finden, zu bündeln und eine Person zu haben, die zumindest ein bisschen das Auge darauf hat, dass Sachen umgesetzt werden, die in schuleigenen Schulordnungen oder Curricula stehen.

Ein Aktionsplan, der Homosexuellenfeindlichkeit und Heterosexismus in der gesamten gesellschaftlichen Dimension angehen will, ist ein erster Anfang, so wie wir es hier heute tun. Er ist aber nur dann gut, wenn der Aktion eine umsichtige Planung vorangeht und dieser ein entschlossenes Handeln folgt. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Vielen Dank, Herr Recla! – Frau Nordt, bitte!

**Stephanie Nordt (KomBi e. V.):** Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Anwesende! Im ersten Teil werde ich auf ein paar Zahlen und Fakten zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen und bisexuellen und, wenn es möglich ist, Transgender-Schülerinnen und -Schülern in der Schule eingehen. Im zweiten Teil wird mein Kollege, Herr Kugler, auf die Ziele gewaltpräventiver Pädagogik mit einem Diversity-Ansatz eingehen und Lücken, die teilweise schon benannt wurden, noch einmal expliziter darstellen.

Es wurde schon mehrfach gesagt: Die Welt ist kein sicherer Ort für Lesben, Schwule, Bi- und Transgender-Leute. Insbesondere die Schule ist alles andere als ein sicherer Ort, obwohl die Schule ganz klar einen Bildungsauftrag hat und es auch in den Menschenrechten steht, dass jeder Mensch das Recht auf Bildung hat und das Recht auf Bildung auch immer mit Diskriminierungsfreiheit verknüpft sein muss. Gerade der Punkt der Diskriminierungsfreiheit ist sehr sensibel für die besonders verletzte Gruppe von lesbischen, schwulen, Bi- und Transgender-Jugendlichen.

Ein paar Zahlen dazu – es gibt sehr wenig Forschung zu Lesben und Schwulen allgemein und insbesondere in Bezug auf Jugendliche, deshalb ziehen wir die Zahlen vor allem aus zwei Studien: Es gab im Jahr 1999 in Berlin eine Studie, in Auftrag gegeben von der Berliner Senatsverwaltung für – damals noch – Schule, Jugend und Sport. Und es gibt eine Studie aus Niedersachsen aus dem Jahr 2001, wo allerdings nur die Lebenssituation von schwulen Jungen abgefragt wurde. In beiden Studien kam heraus, dass lesbische und schwule Jugendliche in allen Lebensbereichen, insbesondere in der Schule, ein hohes Maß an Homophobie erleben. Bei der niedersächsischen Studie stellte sich heraus, dass zwischen 27,8 und 38 Prozent verbale Beschimpfungen in der Schule erlebt haben. In der Berliner Studie war das noch einmal aufgesplittet. Bei den schwulen Jugendlichen waren es 46 Prozent, die verbale Beschimpfungen erlebt haben, bei den lesbischen Jugendlichen sogar 53 Prozent. Also mehr als die Hälfte der befragten lesbischen Jugendlichen haben verbale Gewalt erlebt. Es gibt eine länderübergreifende EU-Studie, die von ILGA Europe und IGLYO durchgeführt wurde. Dort sind es sogar zwei Drittel der befragten Jugendlichen, die von homophoben Erlebnissen berichten. Auch eine britische Studie, die die Lebenssituation von lesbischen und schwulen Jugendlichen beleuchtet hat, hat aufgeführt, dass zwei Drittel der Jugendlichen homophobe Gewalt erleben. In der Berliner Studie wird von 7 Prozent berichtet, die sogar körperliche Gewalt erlebt haben. Neben den verbalen Herabwürdigungen kommt es oft zu klaren körperlichen Übergriffen.

Sehr erschreckend war, dass fast ein Drittel berichtet hat, dass auch Lehrerinnen und Lehrer bei Schwulenzwischen mitgelacht haben, also eigentlich die Personen, an die die Jugendlichen sich richten, um Unterstützung und Schutz zu erfahren. Auch bei dieser Personengruppe gibt es Homophobie. Nur 18 Prozent berichten von Interventionen durch Lehrkräfte bei Diskriminierung. Das ist nicht einmal ein Fünftel.

Wie wirkt sich das auf die schulischen Leistungen aus? – Dazu gibt die britische Studie Aufschluss. Sieben von zehn der Jugendlichen, die Homophobie in der Schule erlebt haben, berichten, dass sich das negativ auf

ihre Schulleistungen ausgewirkt hat. 50 Prozent der von Homophobie Betroffenen haben berichtet, dass sie in ihrer Schullaufbahn mindestens einmal die Schule gewechselt haben. 20 Prozent von ihnen haben sogar mehr als sechsmal gewechselt. Das ist eine erschreckende Zahl. Die Dunkelziffer, von der die Rede war, ist sehr hoch, denn die meisten lesbischen und schwulen Jugendlichen geben sich in der Schule gar nicht als solche zu erkennen, weil sie genau wissen, dass die Schule kein sicherer Ort für sie ist. Die meisten verschweigen ihre sexuelle Orientierung oder auch ihre Geschlechtsidentität, weil sie Angst vor Übergriffen haben oder vielleicht schon so etwas erlebt haben. Wir erleben es in unserer Arbeit selten, dass sich Lesben und Schwule in der Schule outen. Die meisten tun es erst nach der Schule, erst dann fangen sie an, so selbstbewusst zu sein, auch wenn sie aus dem Elternhaus heraus sind, denn auch das Elternhaus ist kein sicherer Ort für lesbische und schwule Jugendliche. – Auch der Anteil von lesbischen und schwulen Obdachlosen unter den Jugendlichen ist relativ hoch.

Die psychosozialen und psychosomatischen Störungen bei lesbischen und schwulen Jugendlichen sind im Vergleich zu den heterosexuellen Gleichaltrigen hoch. Die erschreckendste Zahl: Die Suizidrate von lesbischen und schwulen Jugendlichen ist vier- bis sechsmal höher als die Suizidrate bei heterosexuellen Gleichaltrigen, wozu man noch ergänzend sagen muss, dass Suizid die zweite Haupttodesursache von Jugendlichen überhaupt ist.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Danke schön! – Herr Kugler, bitte!

**Thomas Kugler** (KomBi e. V.): Ich nenne noch einmal den Titel der Studie, die erwähnt wurde: „Social exclusion of young lesbian, gay, bisexual and transgender (LGBT) people in Europe“, herausgekommen im Jahr 2006 von Judit Takács im Auftrag von ILGA Europe, das ist die europäische Abteilung der „International Lesbian and Gay Association“.

Nach dieser Problemanalyse stellt sich die Frage: Was tun? – Wir hatten das Ziel vorhin schon von Herrn Recla gehört: Schule als diskriminierungsfreier Ort. Wie der Weg dorthin beschritten werden kann, ist die spannende Frage. Eine Erziehung der Vielfalt oder Diversity-Education war schon genannt. Ich möchte noch ergänzen: Eine inklusive Schule oder eine Schule der Inklusion inklusive Pädagogik ist eine Pädagogik des Einschlusses, die alle Mechanismen von Ausschluss thematisiert. Wir denken, dass an der Stelle der Schlüssel liegt, um die Situation wirksam zu verändern.

Für das Thema LGBT-Jugendliche, also lesbische, schwule, bisexuelle, und Transgender-Jugendliche, sehen wir vor allem zwei Handlungsfelder, die wichtig sind. Zum einen die Enttabuisierung des Themas. Da geht es um Integration. Was kommt vor im Unterricht, oder was kommt nicht vor? – Herr Recla hat schon gesagt, dass die Rahmenpläne in Berlin vorbildlich sind. Es gibt einen Theorie-Praxis-Gap, wie die Senatsverwaltung es auch selbst nennt, der Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen hat davon gesprochen: einerseits hervorragende Materialien, die vorliegen, andererseits wenig bekannt im Unterricht. An dieser Stelle der Enttabuisierung und der Integration ist noch einiges zu tun. Zum anderen aber – auch sehr wesentlich – geht es um die Bekämpfung von Diskriminierung, sprich: um Intervention, im pädagogischen Kontext. Interventionskompetenz fällt natürlich nicht vom Himmel, sondern sie muss erarbeitet und erworben werden. Deshalb unterstützen wir sehr, was in dem Aktionsplan vorgeschlagen wird: die pädagogische Fortbildung entsprechend zu gewichten, denn dort geschieht zu wenig.

Wir wollen noch einmal unterstreichen, dass das eine professionelle Fortbildung sein soll. Den Peer-Ansatz begrüßen wir sehr für die Jugendbildungsarbeit, aber in der Fortbildung von pädagogischen Fachkräften sollten professionelle Kräfte eingesetzt werden. Diese Forderung nach einer Unterstützung der Fortbildung ist auch von ILGA Europe erhoben worden. Sie finden das in dem „Equality Mainstreaming Fact Sheet“ von 2007, wo ILGA Europe auch sagt: Fortbildung von pädagogischen Fachkräften, von Lehrerinnen und Lehrern ist eine wichtige Forderung.

Es gibt zu diesem Themenfeld schon bewährte Konzepte. Es gibt die Diversity-Education. Es gibt auch konkrete Erfahrungen in Berlin. Da möchte ich die Lebensformenpädagogik ansprechen. Das ist ein Konzept, das von uns Mitte der 90er Jahre entwickelt wurde. Mit einem Diversity-Ansatz seit 1996 ist unser Motto:

Vielfalt bereichert. – Man hört es heute auch in anderen Kontexten, wobei unsere eigene Arbeitserfahrung bis ins Jahr 1981 zurückreicht. Seither sind wir in diesem Themenfeld tätig.

Lebensformenpädagogik bezieht sich auf vier Aspekte. Sie verbindet Antidiskriminierung mit Gewaltprävention, emanzipatorischer Sexualpädagogik und politischer Bildung. Gewaltprävention als Stichwort war der Grund für die Einladung des Deutschen Forums für Kriminalprävention. Ich hatte Ihnen dazu ein kleines Handout gegeben, wo genau diese Ebene von Gewaltprävention die interessante war, sich die Lebensformenpädagogik vorstellen zu lassen. Der menschenrechtsbasierte Bildungsansatz, der der Lebensformenpädagogik zugrunde liegt, war Grund für eine Einladung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, unsere Arbeit dort als praktischen Beitrag zum diskriminierungsfreien Zugang zur Bildung vorzustellen. Da geht es um das schon angesprochene Menschenrecht auf Bildung. Dazu wird in Kürze auch eine Publikation des Deutschen Instituts für Menschenrechte erscheinen, eine Veröffentlichung zu der Reihe „Sexuelle Selbstbestimmung als Menschenrecht“.

Wenn wir bilanzieren, was in Berlin passiert, dann müssen wir sagen: Es ist sehr wenig. Wir haben schon gehört, dass nur 0,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreicht werden. In der sozialpädagogischen Fortbildung sieht es nicht sehr viel besser aus. In diesem Jahrzehnt gab es über das sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg zwei Ausschreibungen einer spezifischen Fortbildung zu diesem Thema. Im Jahr 2004 ist sie mangels Beteiligung und Interesse ausgefallen. Im letzten September hat sie mit 20 interessierten Teilnehmenden stattgefunden. Das ist eine sehr dünne Bilanz für dieses Jahrzehnt. Bei den Lehrerinnen und Lehrern sieht es noch sehr viel dramatischer aus. Die eine Welle, die es Mitte der 90er Jahre gab, als Kolleginnen und Kollegen aus dem Ostteil nachgeschult werden mussten, ist schon lange verebbt. Damals fanden auch Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema „Integration gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in den Unterricht“ statt. Das ist aber schon lange her.

Abschließend noch ein kurzes Zitat, damit Sie sich unter dem Begriff „Lebensformenpädagogik“ etwas vorstellen können. Es gibt auf unserer Website im Internet einen Bericht einer Lehrerin einer 7. Klasse der Marie-Curie-Oberschule nachzulesen, die eine Veranstaltung mit uns durchgeführt hat und auch vorab eine von uns entwickelte Unterrichtssequenz zum Thema Vielfalt, „Sechs mal Vielfalt – Was Vielfalt bedeutet und wie sie geschützt wird“, durchgeführt hat. Das ist ein praktisches Beispiel zum Thema Diversity-Education. Da geht es darum, dass die Jugendlichen die Kerndimensionen von Vielfalt kennenlernen. Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion, Alter und sexuelle Orientierung werden mit den Jugendlichen thematisiert, auch als Grundlage der EU-Antidiskriminierungspolitik. Die Lehrerin, Frau Krenz – [phonet.] –, schreibt über diese Unterrichtseinheit:

Die Jugendlichen erkannten im Unterricht, dass ein beachtlicher Anteil der Klasse von diesen Dimensionen betroffen ist. Sich mit Diskriminierung von Lesben und Schwulen zu beschäftigen, konnte folglich als exemplarisch für Diskriminierung insgesamt erfahren werden. Alle Schülerinnen und Schüler, die in der einen oder anderen Weise einer diskriminierbaren Gruppe angehörten, fühlten sich sichtlich gestärkt. Sie alle könnten in den nächsten Jahren Diskriminierungen erleben. Deswegen ist es wichtig für sie, zu erfahren, dass die demokratische Gesellschaft auf ihrer Seite ist. Die Berliner Verfassung und die Grundrechte-Charta der Europäischen Union schützen sie.

Diese Erfahrungen würden wir gerne noch viel mehr Schülerinnen und Schülern vermitteln. Wir möchten deshalb noch einmal in Erinnerung rufen, dass vor sechs Jahren leider die öffentliche Förderung für unsere Arbeit eingestellt wurde. Herr Lederer hat das schon einmal bei einer Veranstaltung im „Schwuz“ als einen Fehler bezeichnet. Wie die SPD heute die damalige Entscheidung von Herrn Böger bewertet, wissen wir nicht. Wir jedenfalls bieten der Bildungsverwaltung und Antidiskriminierungsstelle gerne unsere Expertise und unsere Kooperation an. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Danke, Herr Kugler! – Es folgt Frau Ünsal für die Landesstelle für Gleichbehandlung – Bitte!

**Eren Ünsal (LADS):** Vielen Dank! – Als Letzte in der Runde darf ich mich sehr für die Einladung bedanken, obwohl ich denke, dass es quasi selbstverständlich ist, dass die „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ auch zu diesem Thema hier ist. – Wir haben sehr viele wichtige Punkte gehört. Ich freue mich über die vielen Anregungen von denjenigen, die gesprochen haben, die mit Sicherheit auch sehr

hilfreich für die Diskussion gleich sein werden. Ich sehe mich jetzt nicht in der Rolle, eine Stellungnahme zum Antrag abzugeben, sondern mehr in der Rolle, nachher für Ihre Fragen zur Verfügung zu stehen. Aber ich dachte, dass es vielleicht hilfreich wäre, einen kurzen Überblick über die Arbeit der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ zu bekommen, damit Sie sehen, was zum Thema Homophobie gemacht wird. Ich will einen Blick auf das Jahr 2008 werfen und kurz ein paar Dinge nennen.

Erst einmal ist ganz wichtig, dass auch wir der Auffassung sind, dass Homophobie, Homosexuellenfeindlichkeit in Berlin in keiner Form unter keinen Umständen hingenommen werden kann. Ich möchte betonen, dass wir durchaus eine sensible Wahrnehmung für Homophobie als Problem haben und der Auffassung sind, dass Homophobie tatsächlich verbreiteter ist, als wir es vielleicht auf den ersten Blick annehmen.

Um auch den gesamtgesellschaftlichen Ansatz bzw. die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure umsetzen zu können, haben wir Anfang 2008 den „Arbeitskreis für gegenseitigen Respekt – gegen Homophobie“ ins Leben gerufen, den wir seither regelmäßig durchführen. Dieser Arbeitskreis ist an mehreren Stellen in den Stellungnahmen betont worden. Dieser Arbeitskreis ist aktuell das zentrale Vernetzungsgremium für Projekte und Organisationen, die im Bereich Queer tätig sind und sich gegen Homophobie einsetzen wollen.

Wichtig ist noch zu betonen: Im Oktober 2008 haben wir den ersten Runden Tisch gegen Homophobie durchgeführt. Das war ein wichtiger erster Schritt, aus dem auch einige spannende Initiativen hervorgegangen sind, in dem Zusammenhang zum Beispiel die Initiative Kreuzberg für Akzeptanz und Gleichbehandlung von LesMigraS, GLADT, ADNB und dem Migrationsrat und verschiedene andere Initiativen auch. Noch zwei Großveranstaltungen, die wir 2008 durchgeführt haben: im Mai die Podiumsdiskussion „Religion, Gender, Sexualität“ und im November eine große internationale Fachtagung zum Thema „Anerkennung und Respekt“, an der mehr als 300 Expertinnen und Experten teilgenommen haben. Insbesondere diese Veranstaltung hat dazu beigetragen, noch einmal praxisrelevante Ansätze zur Bekämpfung von Homophobie zu diskutieren und zu sammeln.

Als vorletzten Punkt: Wir haben kurz vor der Weihnachtspause eine Öffentlichkeitskampagne im Berliner Fenster begonnen. Ich hoffe, dass einige von Ihnen das gesehen haben. Diese Kampagne greift neben anderen Merkmalen auch das Merkmal Homosexualität als Diskriminierungsmerkmal auf und versucht, die Öffentlichkeit für dieses Problem zu sensibilisieren.

Auf die Projektförderung muss ich nicht weiter eingehen. Es ist schon deutlich geworden, dass auch der Senat viele engagierte und erfolgreiche Projekte fördert, die im Bereich Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit tätig sind, Dienstleistungen für die unterschiedlichen Zielgruppen anbieten und sehr stark und auch engagiert am öffentlichen Dialog teilnehmen und auch mit uns, der LADS, Strategien gegen Homophobie entwickeln.

Wir werden unsere Aktivitäten kontinuierlich fortsetzen und im Jahr 2009 vor allen Dingen auch im Bildungsbereich ansetzen. Daher freue ich mich, dass wir jetzt in den Stellungnahmen so viele Anknüpfungspunkte für uns haben, da wir denken, dass die frühe Sensibilisierung nicht erst in der Schule, sondern vielleicht sogar schon in der Kindertagesstätte wichtig ist. In dem Zusammenhang haben wir eine Arbeitsgruppe mit der Senatsverwaltung für Bildung ins Leben gerufen, die wir im Jahr 2009 fortsetzen werden. – Vielleicht das erst einmal als Überblick. Ich stehe Ihnen sehr gerne für Ihre Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Vielen Dank, Frau Ünsal! – Wir kommen dann in die Beratungsrunde. Die Regierungsfaktionen haben ihr Rederecht getauscht. Deswegen beginnt Herr Dr. Lederer. Ansonsten verfahren wir nach der Stärke der Fraktionen. – Bitte, Herr Dr. Lederer!

**Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):** Guten Tag allerseits und vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Gelegenheit, in einem Ausschuss reden zu können, dem ich normalerweise nicht angehöre! Vielen Dank auch Ihnen für die Anregungen, die schon in der ersten Runde gekommen sind! Ich denke, dass es durchaus positiv ist, dass auf Taten, die eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit erfahren haben, eine Diskussion und eine Skandalisierung gefolgt sind, die es uns in anderer Art und Weise ermöglichen, über das Thema mit einer anderen Rückendeckung zu reden. Ich finde es gut, dass sich mehr Menschen denn je auf Demonstrationen begeben, insbesondere Lesben, Schwule, Bi- und Transgender-Menschen, und ihrer Empörung Ausdruck verleihen, um deutlich zu machen, dass das für sie ein Thema ist und dass sie nicht bereit sind, eine Situation hinzunehmen, in der sie sich durch Angriffe Dritter bedroht fühlen müssen. – Das erst einmal vorweg, weil wir uns da alle einig sind.

Auf der anderen Seite ist es wichtig, genau zu gucken: Was ist in den letzten Jahren passiert? Was ist der Stand der Dinge? – und dann in dem schwierigen Wechselspiel zwischen Ratio und Emotio zu vernünftigen Ansätzen zu kommen, an die es anzuknüpfen gilt, die auszubauen sind, und um sich vielleicht die eine oder andere Debatte zu ersparen, die in die falsche Richtung führt. Das ist hier schon angesprochen worden.

Vor diesem Hintergrund haben ich viele Fragen und mache auch gleich deutlich, dass mein Eindruck ist, dass die wenigsten dieser Fragen abschließend im Innenausschuss diskutiert werden können. Es ist deutlich geworden: Zentral ist die Befassung mit dem Thema Kita, Schule, Ausbildung. Zentral ist die Frage: Wie schafft man Räume, in denen sich Schwule, Lesben, Bi- und Transgender-Menschen sicher fühlen können, in denen sie sich in schwierigen Lebenslagen unterstützen lassen können und sich keine Sorge machen müssen, dass sie diskriminiert oder gar angegriffen werden. Es ist deutlich geworden, dass das ein gesamtgesellschaftliches Thema ist. Deshalb versuche ich in den Punkten noch einmal meine Fragen zu formulieren.

Erstens – Straftaten und ihre Verfolgung: Herr Löher und Frau Tischbier sind hier, und das sollten wir auch nutzen. Zweitens – Integration und Vernetzung. Drittens - Prävention als allgemeine Herausforderung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen – wobei absolut klar ist, dass die Punkte 2 und 3 dringend zusammenhängen und auch zusammen bearbeitet werden müssen.

Zunächst an Herrn Löher und Frau Tischbier die Frage: Es ist in der öffentlichen Debatte immer etwas unklar, ob wir tatsächlich über genügend Daten verfügen, um de facto sagen zu können, wie sich homophobe Straftaten – ich sage allgemein „Straftaten“, weil Beleidigung und Ähnliches auch dazukommt – in den letzten Jahren entwickelt haben. Sie sprechen von einem hohen Dunkelfeld, was dafür spricht, dass man gar

nicht so richtig weiß, wie es sich entwickelt hat und nur vermuten kann. Auf der anderen Seite sind wir im öffentlichen Raum öfter mit der Behauptung konfrontiert – was negativ und schlimm wäre –, dass es sich um einen signifikanten Anstieg handelt. Man könnte umgekehrt aber auch sagen, und das wäre positiv: Möglicherweise ist die öffentliche Aufmerksamkeit größer geworden. – Das kennen wir bei anderen Themen auch, nämlich zum Beispiel bei Gewalt gegen Kinder in Familien, dass eine größere Aufmerksamkeit auch ein verändertes Anzeigeverhalten, eine andere öffentliche Skandalisierung und andere öffentliche Debatten zum Thema nach sich zieht. Können wir dazu etwas sagen? Wissen wir dazu etwas? Können onlinegestützte Befragungen tatsächlich mehr bringen, als wir derzeit nicht wissen? Ich sage bewusst „nicht wissen“, weil mein Eindruck ist, wir wissen eher nicht.

Zur anonymen Erfassung: Ich finde es nachvollziehbar, dass wir uns überlegen, wie wir Kriterien finden können, nach denen Straftaten, wenn sie aufgenommen werden, Aufschluss darüber vermitteln, ob sie sich gegen die sexuelle Selbstbestimmung richten oder ob sie Gewalt- und Hasskriminalität sind. Ich sehe nur das Problem – das ist vorhin bei Herrn Finke deutlich geworden –, dass einerseits die Betroffenen ein Interesse daran haben, dass sie als Lesben, Schwule, Bi- und Transgender-Menschen überhaupt nicht in der Akte auftauchen, wir auf der anderen Seite aber ein Interesse daran haben, zu wissen, ob eine Motivation bestimmter Art hinter einer solchen Straftat steckt. Wie stellt sich das praktisch dar? – Es ist nicht sinnvoll, die Opfer erst einmal per se nach ihrer sexuellen Orientierung zu fragen. Ich persönlich hätte kein Interesse daran. Ist Ihr Eindruck, dass die ermittelnden Polizistinnen und Polizisten wahrnehmen, dass es sich um einen solchen Hintergrund handelt – ja oder nein? Wäre es praktikabel und machbar, das dann entsprechend zu erfassen?

Der dritte Schritt: Ist dann in der Ermittlungsakte, die angelegt wird, das Bedürfnis des Opfers nach Anonymität oder Nichtauftauchen gesichert? – Auf der anderen Seite haben wir das Problem: Wenn das Einfluss auf die Strafe, die das Gericht ausspricht, haben soll, dann müsste ich es umgekehrt zwingend in die Akte nehmen, aber dann wäre es wieder nicht anonym. Verstehen Sie mein Problem? Sich in dem Spannungsfeld zu bewegen und zu einer vernünftigen Lösung zu kommen und zu sagen, wir wollen das oder wir wollen das nicht, fällt mir augenblicklich sehr schwer. Ich würde mich freuen, wenn es dazu von Ihrer Seite Aufklärung geben könnte.

Zweitens: Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass Gerichte Verfahren schieben oder verschleppen, die sich mit einem solchen Hintergrund bei ihnen auf dem Tisch befinden? Der Antrag sagt, und das ist richtig und gilt generell: Straftaten müssen schnell verfolgt werden. Straftäter müssen relativ schnell die Konsequenzen ihres Handelns spüren. Je weiter das weg ist, desto weniger Wirkung hat es. – Nun ist der Punkt, dass das immer gilt, und richterliche Unabhängigkeit setzt voraus, dass Richterinnen und Richter die Verfahren nach Eingang oder anderen Kriterien in der Weise abarbeiten, wie sie es für richtig halten. Welche Möglichkeiten hätten wir? Und wäre es überhaupt gut, zu sagen, wenn Lesben, Schwule, Bi- und Transgender-Menschen betroffen sind, ziehen wir sie gegenüber allen anderen vor? Dazu würde ich gern Ihre Position hören, weil das möglicherweise ein Geschmäckle hat. Was soll es, wenn ich aus anderen Gründen hasskriminalisiert werde, für einen Grund geben, dass ich gegenüber den Straftaten, über die wir heute reden, schlechter behandelt oder nach hinten geschoben werde? Ich halte das für schwierig.

Schließlich komme ich zu der Frage, und dazu bitte ich vornehmlich die Trägerinnen- und Trägervertreter, noch einmal etwas zu sagen: Haben Sie in den letzten Jahren festgestellt, dass sich vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen in der Praxis auch neue methodische Ansatzpunkte bewährt haben? – Ich war jüngst im Rahmen einer Aktion zu dem Thema „HIV und Aids – Schule gegen Rassismus“ in einer Schule in Köpenick. Mein Eindruck war – ich war einen halben Tag in der Schule –, dass das, was dort gelaufen ist, vorbildlich war. Gibt es Evaluierungen darüber – die Frage richte ich auch gleich an die Landesstelle, wobei ich mir bewusst bin, dass Sie nicht die Bildungsverwaltung sind –, warum solche Positivbeispiele gutgegangen sind, und wo kann man da anknüpfen? Und in diesem Zusammenhang: Wie weit fortgeschritten ist die Vernetzung mit Projekten wie Schule gegen Rassismus und ReachOut, überhaupt der Stand der Vernetzung und der Stärkung der Selbstorganisation vor dem Hintergrund, dass fast alle hier gesagt haben: Eigentlich sollte man Demokratieerziehung, Antirassismus, Antisexismus und die Thematisierung von Heteronormativität miteinander verbinden? – Gibt es das?

Ich habe insbesondere an Herrn Finke die Frage: Wo findet Bagatellisierung statt? – Sie haben gesagt, Sie würden oft damit konfrontiert, dass diese Taten bagatellisiert werden. Vielleicht könnten Sie uns noch einmal genauer sagen, wo wir da anknüpfen müssen. Findet das in den Schulen statt? Erleben Sie das mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten? Erleben Sie das in der Verwaltung? Erleben Sie das in der Politik? Vielleicht können Sie an dieser Stelle noch ein paar Ausführungen machen, weil mir das wirklich wichtig ist.

Schließlich, und dazu bitte ich die Landesstellen, etwas zu sagen: Die Grünen betonen zu Recht die Relevanz des interkulturellen Dialogs zu Homophobie. Da ist einiges passiert. Vielleicht können Sie zum Stand noch einmal etwas sagen. Umgekehrt soll den Glaubensgemeinschaften verdeutlicht werden, dass Glaubensfreiheit endet, wo die individuelle Lebensgestaltung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung gegen ihren Willen eingeschränkt wird. Das ist schwierig, weil ein Dialog erst einmal voraussetzt, dass man sich in seiner Unterschiedlichkeit akzeptiert. Wir werden oftmals auf die Situation stoßen, dass wir vielleicht schon zufrieden sein müssen, wenn Leute sagen: Ich betrachte zwar etwas als Sünde, aber ich ziehe daraus nicht die Konsequenz, denjenigen zu diskriminieren oder gar zu beleidigen oder gewalttätig anzugreifen. Welche Erfahrungen haben Sie in diesem Dialog gesammelt? Wo liegen die Probleme? Wo muss man fortsetzen, damit man tatsächlich zu signifikanten Ergebnissen kommt? Ist eine solche Verdeutlichungspose tatsächlich der richtige Ausgangspunkt in den Dialog? – Wir sind uns darüber klar, dass wir das nicht billigen oder gut finden. Ich bin mir jedenfalls klar darüber, dass ich es nicht gut finde, wenn Menschen aus ihrem Glauben ableiten, dass sie andere Menschen diskriminieren können oder glauben diskriminieren zu müssen. Aber das ist dennoch ein Spannungsfeld zwischen gegenseitiger Akzeptanz unterschiedlicher Herangehensweisen an ein Thema und auf der anderen Seite die Notwendigkeit, dass wir auch in dem Bereich spürbar vorankommen, vielleicht mehr vorankommen, als es augenblicklich der Fall ist.

Schließlich die letzte Frage an Herrn Birk, zur Klarstellung: Herr Birk, Sie haben vorhin über ein Interesse daran gesprochen, dass Hasskriminalität zum Offizialdelikt gemacht wird. In Ihrem Antrag wiederum ist die Rede davon, dass die Verfahren nicht mehr eingestellt werden sollen. Die eine Frage müsste auf Bundesebene im StGB geregelt werden. Die andere Frage, ob – aus welchen Gründen auch immer – eingestellt wird, richtet sich nach der StPO. Welches der beiden Dinge soll sein?

Gleich vorweg: Über die Frage zum Offizialdelikt muss man diskutieren, wobei das im Einzelnen schwierig sein wird. – Die Frage der Einstellung würde ich gerne den Gerichten überlassen, weil es unter Umständen sinnvoll sein kann, die Leute nicht zu verurteilen, sondern ein Verfahren einzustellen und das mit bestimmten Auflagen zu verbinden, die am Ende wirkungsvoller sind. Ich hüte mich immer vor Pauschalisierungen, wo man sagt: Das Gericht wird in der oder der Situation gezwungen, von den Einstellungstatbeständen keinen Gebrauch mehr zu machen – zumal ich glaube, dass es das nicht wirklich gibt. Mir fällt im Strafrecht keine Parallele ein, wo schon einmal gesagt worden ist, man untersagt den Gerichten generell alles unterhalb der Verurteilung. Das muss nicht unbedingt zwingend praktikabel sein.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Danke, Herr Dr. Lederer! – Herr Dr. Juhnke, bitte!

**Dr. Robbin Juhnke (CDU):** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht der Diskussion vorgreifen, wir sind in der Anhörung, sondern ein paar Fragen an die Anwesenden stellen. – Homophobie ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, und alles hängt bekanntlich mit allem zusammen. Wenn wir uns im Innenausschuss mit dieser Thematik befassen, dann eher vor dem Hintergrund der Gewaltvorfälle, die in der Vergangenheit passiert sind. In diesem Zusammenhang interessiert mich insbesondere die Statistik von Maneo. Herr Finke hatte berichtet, es seien insgesamt 270 Fälle, die bei den Beratungstelefonen gelandet sind. Welche statistischen Erhebungen haben Sie zu der Frage, wie die Täter sich aufsplitten? Welche Altersgruppe haben sie? Welches Geschlecht haben sie im Wesentlichen? Und welchen ethnischen Hintergrund haben sie? Die Informationen, die mir vorliegen, zeigen, dass auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine homophobe Einstellung besteht. Wenn Herr Yilmaz-Günay sagt, das sei an der Stelle mehr oder weniger auszublenden, dann muss ich dem widersprechen. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite darüber reden, dass insbesondere Migranten durch ihre Herkunft Opfer von Diskriminierung und Gewalt werden, und nicht gleichzeitig gucken, inwiefern diese Gruppen auch als Täter vorkommen, dass wir dann darüber nicht reden dürfen oder dass wir das tabuisieren. Das halte ich nicht für richtig, und deswegen sind das wichtige Themen, die wir diskutieren müssen.

Ich finde es auch schwierig, wenn Sie sagen, dass Sie einerseits in der Vergangenheit vermisst haben, dass es Vorbilder gibt, die den Migranten zeigen, dass Homosexualität eine legitime Spielart menschlichen Daseins ist, Sie gleichzeitig aber verneinen, dass Sie in der Lage sind, Geld für Aufklärung und die Unterstützung von Homosexuellen in den Migrantenbereichen zu verwenden, insbesondere wenn Sie der Politik gegenüber in der Lage sind, auch einmal einen Vorschlag zu machen, der dann vielleicht auch die Chance hat, umgesetzt zu werden. Deshalb bitte ich Sie, noch einmal in sich zu gehen und uns doch noch einen Hinweis darauf zu geben, was man tun könnte, wenn man Geld in die Hand nähme.

Meine Frage an alle, die heute eingeladen sind: Inwiefern fühlen Sie sich vom Senat in der Frage unterstützt, wie Sie finanziell oder mit anderen Ressourcen ausgestattet sind? Bei KomBi e. V. ist es bereits angeklingen. Mich interessiert, ob die anderen sich ausreichend unterstützt fühlen. – Danke!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Herr Schreiber, bitte!

**Tom Schreiber (SPD):** Herzlichen Dank! Auch von mir noch einmal einen Dank an die Anzuhörenden für die Darstellung. Ich hoffe, wir haben ein Stück weit Licht ins Dunkel bekommen, sofern es heute möglich war. – Ich möchte an das anschließen, was Klaus Lederer gesagt hat, dass man davon wegkommen muss, bei dem Thema zu stigmatisieren oder einer bestimmten Gruppierung, seien es Migranten oder andere, den Ball zuzuschieben. – Es klang bei allen durch, dass das ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das sich durch alle Altersgruppen zieht. Das hört auch bei älteren Damen und Herren nicht auf, das darf man nicht vergessen. Die Senioren sind wahrscheinlich nicht die große Tätergruppe, aber auch da gibt es sicherlich Vorbehalte.

Da wir im Innenausschuss sitzen, habe ich eine Frage zur Aufklärungsquote an Herrn Löher: Wie hoch ist sie? Welche Möglichkeiten haben Sie, anhand der Fälle konkret aufzuklären? – Dann hatten Sie das Stichwort Dunkelziffer angesprochen. Da interessiert mich, wie Sie das sehen, wie man da noch mehr aufhellen kann. Sie haben zum einen gesagt, dass es eine Vernetzung mit den Trägern und Vereinen gibt, wo man sich austauscht und gegenseitig unterstützt. Welche Möglichkeiten könnte es aus polizeilicher Sicht noch geben, um noch etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen?

Das andere müsste eine Anregung für den Bildungs- und Jugendausschuss sein, sich des Themas ebenfalls anzunehmen. Ich glaube, schwerpunktmäßig war bei allen Redebeiträgen klargeworden: Der Weg in die Schulen ist ein schwieriger. Da muss noch ein bisschen mehr passieren, damit die Schulen mit dem Thema offener umgehen und auch sensibilisierter sind. Das zeigt heute auch noch einmal die Anhörung. Wir werden die Punkte mitnehmen und sorgfältig auswerten und sie in die Arbeit zu diesem Thema mit einfließen lassen. – Damit will ich es bewenden lassen.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Vielen Dank, Herr Schreiber! – Herr Lux, bitte!

**Benedikt Lux (Grüne):** Danke, Herr Vorsitzender! – Von meiner Fraktion auch noch einmal vielen Dank für die Informationen, die wir hier bekommen haben. – Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das haben alle gesagt. Aber die meisten haben auch gesehen, dass der Schlüssel für die Lösung dieses gesamtgesellschaftlichen Problems eher im Bereich der Bildung und der Jugendpolitik, zum Beispiel in der Lehrkräfteausbildung etc., zu finden ist. Insofern meine dringende Bitte: Wir sollten als Innenpolitiker immer wieder begreifen – das gilt für viele Probleme, nicht nur für die Homophobie –, dass diese Informationen, diese Ansätze an die zuständigen Ausschüsse mit verwiesen worden sind. Ich bedanke mich insofern für die Einsicht der Koalitionsfraktionen, die die Anhörung angemeldet haben, dass dieser Schwerpunkt so gewollt ist.

Was mich fast am meisten schockiert, ist, wie selten von den betroffenen Personen tatsächlich eine Anzeige gewollt ist. Da ist das Thema Dunkelfeldforschung ganz wichtig. Dazu will ich gleich noch etwas sagen. Als Erstes erstaunt mich, wie wenig an Gewalttaten oder Hassgewalttaten in der politisch motivierten Kriminalität auftaucht. Man muss sich vergegenwärtigen: Der Staatsschutz ermittelt bei jedem brennenden Auto in dieser Stadt. Das sind eine ganze Menge. Aber wenn er die Gewalttaten gegen Homosexuelle, gegen Menschen, zählt, dann kommt er auf knapp 20 bis 30. Das legt nahe, dass da irgendetwas nicht stimmt und dass

sich da etwas ändern muss. Wenn viele Betroffene betonen, dass sie keine Anzeige wünschen, weil es nichts bringe – das ist häufig der Grund dafür, weshalb sie keine erstatten –, dann kann man die vertrauensbildenden Maßnahmen von Herrn Löher gar nicht hoch genug einschätzen. Ich denke, man muss sie auch ausweiten. Wenn es das nur einmal zentral gibt, dann frage ich mich: Ist es nicht auch nötig, das in den jeweiligen Abschnitten und auch auf Direktionsebene weiterzuziehen? Gibt es da genug Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner? – Das wäre eine Frage an Sie, Herr Löher! Kann man da nicht noch etwas tun? Diese Divergenz, das Auseinanderfallen, ist doch ganz augenscheinlich. Wenn gefragt wird: Vertrauen wir der Polizei bei der Anzeigenbearbeitung? – dann wird das nicht mit einem kräftigen Ja aufseiten der Betroffenen beantwortet. Diese Maßnahmen, die oben oder zentral angekommen sind, und wir hissen eine Fahne und signalisieren etwas – aber auf der anderen Seite werden sie wiederum von einigen Gruppen innerhalb der Polizei konterkariert, und das fällt dann schon auf. Da muss es noch weitergehen.

Insofern ist unsere Anregung in unserem Antrag, Herr Dr. Lederer, so zu verstehen, dass wir den Gerichten nicht irgendetwas vorschreiben wollen. Uns ist nur der Umstand wichtig, dass viele Verfahren von den Gerichten eingestellt werden. Das sind 70 bis 80 Prozent. Insofern: Oficialprinzip oder Nichteinstellungsprinzip, natürlich in der Regel nicht zwingend, sei dahingestellt. Im Antrag steht, wie Sie richtig bemerkt haben, dass in der Regel nicht eingestellt werden soll. Das ist auch richtig, aber es geht auch darum zu zeigen: Homophobe Gewalt, homophobe Delikte werden nicht geduldet und konsequent bekämpft. Hier muss man, was Sie in Ihrer Kleinen Anfrage auch sehr gut gemacht haben, die Tätermotivation mit einbeziehen. Es ist auch für einen Heterosexuellen wichtig, dass dieser bei der Anzeigenerstattung betont, dass er Opfer von homophober Gewalt und homophoben Delikten geworden ist. Wenn mich jemand homophob beleidigt etc., dann würde ich das bei einer Anzeige auch zur Kenntnis geben, um festzustellen: Wie weit verbreitet sind die homophoben Vorurteile in dieser Gesellschaft? Das betrifft auch Heterosexuelle, und das ist ein wichtiger Umstand, den die Leute betrachten sollten, um dem Moment, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, Rechnung zu tragen.

Mich interessiert am Rande, Herr Finke, ob es Anzeigen gibt, die unter Verleugnung der homophoben Einstellung bzw. der sexuellen Orientierung der Opfer stattfinden. Gehen Leute hin und sagen: Ich bin geschlagen, ausgeraubt etc. worden, ohne zu sagen, dass es sich dabei um ein homophobes Delikt handeln kann? Kommt so etwas häufiger vor? Haben Sie da Erkenntnisse?

Noch ein Punkt zur Dunkelfeldforschung, Kriminalität etc.: Man merkt, dass wir in Berlin kein Institut für sexuelle Orientierung bzw. Sexualwissenschaften mehr haben, das so etwas machen könnte. Hier wäre es lohnenswert, von uns aus eine Studie dazu zu machen, um noch mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Mir reicht es heute auch nicht. Ich finde es sehr interessant und lobenswert, was mit der ehrenamtlichen Arbeit noch geht. Man glaubt es manchmal kaum. Meine Frage ist, damit das nicht untergeht: Wie hoch sind die Bedarfe im Einzelnen? Können Sie Ihre wichtige Arbeit überhaupt weiter leisten, wenn es mit der finanziellen Ausstattung so bleibt wie bisher? Ich bitte Sie noch einmal ausdrücklich, etwas Konkretes dazu zu sagen.

Letzter Punkt – Kooperation: Wir sollten von unserer Seite aus auf jeden Fall darauf drängen, dass überall dort, wo Antigewaltarbeit funktioniert oder Antigewaltarbeit mit staatlichen Mitteln gemacht wird oder beim Innensenator angesiedelt ist oder nicht, dieser Punkt, homophobe Gewalt, auch deutlich unterkommt, denn es liegt auf der Hand, dass diese Einstellung zu homophober Gewalt oder dass homophobe Gewalt etwas damit zu tun hat, dass es in dieser Gesellschaft verstärkt gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen gibt. Ihr ist zielgruppenspezifisch und auch interkulturell zu begegnen. Man muss das nicht so überzeichnen, wie es die CDU-Fraktion gemacht hat. Man muss es auch nicht verharmlosen. Es gehört letztlich zusammen. An diesem Punkt sollten wir uns auch fragen: Reicht die Kooperation aus? Wer sollte dort was in die Hand nehmen? Wo würden Sie sich zentral wiederfinden wollen, unter welchem Dach, in welchem Projekt? Das wäre für uns gut zu wissen, um einschätzen zu können: Wer soll hier was machen? – Danke!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Lux! – Herr Lehmann, bitte!

**Rainer-Michael Lehmann (FDP):** Danke schön, Herr Vorsitzender! – Schönen guten Tag! Herzlichen Dank dafür, dass ich heute auch hier teilnehmen kann und reden darf! Auf der anderen Seite auch noch einmal herzlichen Dank für all Ihre Beiträge vom heutigen Tag!

Homophobie und Hassgewalt jeglicher Art müssen kurzfristig mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden. Das bedeutet, dass die Taten schnell aufgeklärt, aber die Täter ebenso schnell verurteilt werden müssen. Deshalb sitzen wir auch gerade in diesem Ausschuss und reden darüber. Ansonsten sieht man, dass diese Thematik weitaus großflächiger angelegt ist, als nur in diesem einen Ausschuss verankert sein kann.

Der andere Aspekt, den wir beleuchten müssen, ist die Prävention. Da bin ich der Auffassung, dass hier Schulen und Kitas gefragt sind. Das ist überhaupt keine Frage. Darum interessiert mich, welche Möglichkeiten bestehen, welche pädagogischen Konzepte eingesetzt werden können. Da meine ich auch die pädagogischen Konzepte über die Verwaltung. Da würde mich interessieren, welche Konzepte es da überhaupt gibt und welche dieser Konzepte in Berlin angewendet werden.

Sehr verwundert hat mich, dass es einerseits bereits ganz gutes Material zu der Thematik gibt, das aber auf der anderen Seite trotzdem im Unterricht nicht vorkommt. Das ist ein elementares Thema, auf das wir unseren Fokus richten müssen. Was wird an dieser Stelle erwogen? Was kann getan werden, damit die entsprechenden Fortbildungen beworben und dann auch angenommen werden? Ich bin zwar nicht jemand, der gerne jemanden bevormundet, aber wenn sie nicht angenommen werden, bin ich der Meinung, dass es zu einer verpflichtenden Fortbildung kommen sollte. Der Bereich ist so wichtig und wird vernachlässigt.

Ich habe auch eine Frage an die Senatsverwaltung. Gibt es Bevölkerungsgruppen oder Schichten, die besonders anfällig für Homophobien sind? Gibt es da belastbare Zahlen? Wenn ja, gibt es spezielle Konzepte, wie man in diese Gruppen hineinwirken kann? Gibt es auch schon entsprechende Projekte? Das interessiert mich im Zusammenhang.

Dann ist ein Punkt angesprochen worden, den ich noch einmal thematisieren möchte. Ein Teil der muslimischen und türkischen Migrantenverbände hält sich bei diesem Thema sehr zurück. Ich weiß, es gibt auch andere, sehr positive Beispiele. Trotzdem interessiert mich, ob Ihnen auch die Vereine bekannt sind, die sich gerade da versperren. Wie stellen Sie sich vor, dass man hier zu Formen der Zusammenarbeit findet, dass man sich gerade mit dieser Thematik befasst und diese Vereine für dieses Thema öffnet?

In dem Zusammenhang interessiert mich, wie die hochgelobten Neuköllner Stadtteilmütter – das meine ich durchaus positiv, ich unterstütze dieses Projekt auch sehr wohl – diese Thematik in ihrem Handgepäck haben, wenn sie in die einzelnen Familien gehen. Inwieweit sind die Stadtteilmütter darauf vorbereitet?

Gibt es Erhebungen über Gewalterfahrungen von Lesben, Schwulen und Transgender im Vergleich zu anderen Stadtstaaten und Ballungsräumen? Könnte man da ein Feedback bekommen, sodass man den Zusammenhang hat?

Der andere Punkt – das ist auch angesprochen worden – sind die Homophobie-Präventionsprojekte und deren Ausstattung. Da kann man sagen, dass die Ausstattung mehr als mager ist. Auch in dem Zusammenhang interessiert mich im Vergleich mit anderen Ballungsräumen, Großstädten und Stadtstaaten, wie da die Ausstattung aussieht.

Wer Gewalttaten begeht, muss möglichst schnell angemessen bestraft werden. Das hatte ich vorhin schon gesagt. Gewalttaten aus Hass, die auch die Ablehnung unseres freiheitlichen, auf Toleranz beruhenden Gesellschaftssystems zeigen, muss frühzeitig vorgebeugt werden. Das passiert in den Schulen und Kitas. Das haben wir vorhin auch angeschnitten. Auch hier müssen Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher meines Erachtens die erforderlichen Handreichungen bekommen.

Wie wir sehen, ist das Problem der Homophobie in größerem Maße unter Migranten verbreitet. Das meine ich nicht im Gesamtkontext, sondern im gewaltbezogenen Bereich. Da interessiert mich, wie das Thema gerade in Migrationsvereinen und -verbänden thematisiert wird, um gerade hier mit den Jugendlichen zu arbeiten und das Thema zu vermitteln. Es ist mir noch einmal ganz wichtig zu sagen, dass ich das nicht in eine Ecke rücken möchte, sondern durchaus die Meinung meiner Vorredner und Vorrednerinnen teile, dass das ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Ich glaube, da haben wir noch einen weiten Weg vor uns. – Damit möchte ich erst einmal schließen. Danke schön!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Lehmann! – Zur Beantwortung der Fragen – Herr Löher, bitte!

**Uwe Löher (Polizei):** Ich fange in der Reihenfolge an, in der die Fragen gestellt wurden. Zum einen gab es von der Linksfraktion die Frage, ob es mehr Taten geworden sind. – Ich hatte vorhin schon angeführt, dass ähnliche Taten, wie sie dieses Jahr Eingang in die Öffentlichkeit gefunden haben, auch für die Vorjahre festgestellt werden können. Abgesehen von den Schändungen des Mahnmals, das es in den Vorjahren noch nicht gab, ist es aus polizeilicher Sicht sehr schwierig, eine Einschätzung zu treffen, ob das eher eine gefühlte Zunahme ist oder eine Zunahme aufgrund der erhöhten Medienwirksamkeit. Anhand der polizeilichen Zahlen selbst wird man sicherlich keine Rückschlüsse ziehen können. Für uns ist es auch wichtig zu sehen, dass es das Phänomen innerhalb der Polizei gibt. Das wird auch allgemein anerkannt. Der quantitative Umfang wird hier eher für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben eine Rolle spielen. Vonseiten der Polizei kann ich zu Steigerungsraten keine Aussage treffen. Da könnten nur einzelne Zahlen aus dem Bereich des Staatsschutzes genannt werden, die aber nur einen Teil des Hellfeldes und nicht die Realität abbilden und nur ein Wirklichkeitsmodell sind.

Die Frage, ob Online-Befragungen eine bessere Grundlage bringen: Grundsätzlich ist es so, dass Dunkelfeldforschung allgemein eine sinnvolle Ergänzung zu unseren Erhebungen ist, was das Hellfeld betrifft, und einen Weg zeigen kann. Am besten sind immer repräsentative Umfragen, was diese Online-Befragungen sicher nicht waren, weil nur eine bestimmte Zielgruppe angesprochen wurde. Optimal wären repräsentative Befragungen, die auch einen Überblick über das quantitative Problem geben könnten und auch Rückschlüsse auf die eingangs gestellte Frage: Nimmt das Ganze zu oder ab? – zulassen könnten. Nichtsdestotrotz erlauben die Online-Befragungen – natürlich auf einer ganz anderen Zahlenbasis, als es das Hellfeld hergibt – Erkenntnisse und decken sich auch größtenteils mit unserer Phänomenbeschreibung.

Die Erfassung der Motivation der Täter: Bei der Befragung der Opfer ist es im Grunde genommen nicht notwendig zu wissen, wie die sexuelle Orientierung des Opfers ist, wenn es um die Fälle der Hasskriminalität geht. Das lässt sich vielleicht an einem Beispiel aus unserer Aus- und Fortbildung verdeutlichen, die wir zusammen mit Maneo innerhalb der Polizei durchführen. Hier geben wir als Hilfe für die Befragung von Betroffenen von Straftaten, dass man diejenigen fragt, ob ihrer Einschätzung nach der Täter homosexuellenfeindlich aufgetreten ist. Das kann das Opfer mit Ja oder Nein beantworten. Ob das Opfer dann tatsächlich schwul war oder irrtümlich dafür gehalten wurde oder tatsächlich lesbisch war oder dafür gehalten wurde, spielt dann keine Rolle mehr. Dann muss dem auch nicht nachgegangen werden. Nichtsdestotrotz ist es, sofern so etwas auftaucht, durch Zeugenaussagen und Ähnliches, nicht möglich, das im Strafverfahren anonym zu halten, sondern wenn Aussagen Eingang in das Verfahren gefunden haben, dann werden sie in der Akte stehen und auch vor Gericht zum Tragen kommen. Allerdings findet eine Erfassung oder eine Speicherung nicht statt.

Aus polizeilicher Sicht oder aus der Sicht der Bekämpfung von Straftaten oder sinnvoller Rechtsprechung sollen Verfahren immer so schnell wie möglich durchgeführt werden, insbesondere, wenn man die Altersgruppe ansieht, die ich vorhin geschildert habe, die überdurchschnittlich häufig als Täter in Betracht kommt,

nämlich jugendliche Heranwachsende und junge Erwachsene. Da macht es Sinn, die Verfahren möglichst schnell zu gestalten. Welche Prioritäten die Justiz hier setzt und wie sie das umsetzt – dazu müsste die Justiz befragt werden. Das fällt nicht in unser Ressort. Ich kann nichts dazu sagen, wie die Justiz da verfährt. – Das waren die Fragen der Linksfraktion.

Bei den Fragen von der CDU-Fraktion habe ich keine Frage für die Polizei erkannt. Deswegen gehe ich weiter zu den Fragen der SPD-Fraktion. – Die Frage nach der Aufklärungsquote: Eine Aufklärungsquote bei einer sehr geringen Abbildung von Zahlen im Hellfeld birgt einige Tücken. Wenn ich hier Zahlen nenne, dann lassen sie nicht unbedingt Rückschlüsse darauf zu, dass es im nächsten Jahr wieder so sein muss oder warum es Schwankungen gibt. Bei 43 Fällen, die zum Beispiel im Jahr 2007 als Fälle der Hasskriminalität erfasst wurden, kann es verzerren, wenn eine Serie dabei ist und diese aufgeklärt ist. Bei Straftaten, die bei uns ausgewertet werden, wo auch noch ein Auge darauf geworfen wird, wie es mit Taten aussieht, bei denen Homosexuelle gezielt als Opfer ausgesucht werden, ohne dass Hasskriminalität vorliegt, betrug die Aufklärungsquote im Jahr 2007 28,5 Prozent und im Jahr 2006 45 Prozent, aber die Aussagefähigkeit in Bezug auf das Hellfeld würde ich bei dem belastbaren Zahlenmaterial als sehr eingeschränkt ansehen.

Wie schaffen wir es, dass die Dunkelziffer aufgehellt wird und Fälle aufgeklärt werden? – Wir versuchen, die schwul-lesbische Bevölkerung dazu anzuhalten, diese Taten anzuzeigen, und das auch möglichst effektiv. Unser Rat ist, sofort die Polizei zu rufen. Auch wenn niedrigschwellige Angebote an Ansprechpartnern bestehen, so ist die beste Chance, die Täter zu bekommen, sofort einzuschreiten. Das versuchen wir über unsere Multiplikatoren an den Mann, an die Frau zu bringen und raten auch bei Veranstaltungen und an Infoständen, dass es dienlich ist, um Fälle überhaupt aufzuklären, dass wir ganz schnell verständigt werden.

Um die Dunkelziffer aufzuhellen, ist es auch notwendig, die Aufmerksamkeit dafür zu schärfen, dass es das Phänomen dieser Straftaten gibt und dass sie Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und in den Medien hervorrufen. Das ermutigt auch weitere Betroffene von Straftaten, Anzeige zu erstatten. Das heißt, das Problem muss zum einen benannt werden. Zum anderen müssen die Opfer auch Vertrauen haben, zur Polizei zu gehen. Da kommen unsere vertrauensbildenden Maßnahmen ins Spiel, dass wir zum einen niedrigschwellige Angebote mit dem Ansprechpartner, mit der Ansprechpartnerin haben, aber auch, dass die Zusammenarbeit mit Beratungseinrichtungen gerade im Bereich der Opferhilfe hervorgerufen wird und Betroffene von Straftaten sehen, dass wir auch mit Maneo oder der Lesbenberatung oder dem Sonntagsclub zusammenarbeiten und wir uns hier sinnvoll ergänzen und sie sich bei der Polizei gut aufgehoben fühlen können, weil hier gegenseitig verwiesen wird.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, dass Betroffene von Straftaten wissen, warum es Sinn macht, Anzeige zu erstatten, auch wenn der Täter in vielen Fällen nicht ermittelt werden kann. Wenn es darum geht, an Orten, an denen Straftaten passieren, Polizeipräsenz zu zeigen, oder dass die Polizei das Thema in Schulen im Rahmen der Antigewaltveranstaltung thematisiert, oder bei Schulen, die in der Umgebung von Tatornen homosexuellenfeindlicher Straftaten liegen, ist es wichtig, dass Straftaten auch angezeigt werden. Das muss aber auch an die schwul-lesbische Bevölkerung transportiert werden.

Zu den Fragen der Grünen: Wie sieht es mit Ansprechpartnern auf den Polizeiabschnitten oder in den Direktionen aus? – Wir als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Polizei sind für die gesamte Polizei zuständig, haben aber auf den Abschnitten und in den Direktionen Kooperationspartner. Viele unserer Bereiche befassen sich mit den Themen Opferschutz und Prävention. Hier hat sich in den örtlichen Direktionen und auf den Abschnitten in den vergangenen Jahren sehr viel fortentwickelt, sodass wir verlässliche Partner in Personen der Präventionsbeamten und der Opferschutzbeauftragten auf den Abschnitten und in den Direktionen haben, die für uns wiederum als Multiplikatoren tätig sind. Wenn es um Kenntnisse geht, die eine intensive Beschäftigung mit dem Thema verlangen, dann haben sie jederzeit die Möglichkeit, mit uns Rücksprache zu halten. Durch die Vernetzung innerhalb der Polizei versuchen wir also, dieses Thema außerhalb unserer Stelle abzudecken.

Zu den Fragen der FDP-Fraktion: Belastbare Zahlen für anfällige Gruppen sind mir polizeilicherseits nicht bekannt. Eine Befassung des Themas durch Migrantenverbände ist eine ganz normale Angelegenheit im Sinne zielgruppenorientierter Prävention und Aufklärung. Hier müssen alle Gruppen, die sozusagen Täter

stellen, zielgruppenorientiert angesprochen werden. Natürlich erreiche ich Menschen mit Migrationshintergrund über Migrantenverbände, wogegen ich rechtsgerichtete Täter ohne Migrationshintergrund sicherlich nicht über Migrantenverbände erreiche, aber da wieder andere Zugangskanäle habe, wo ich wiederum andere Tätergruppen nicht erreichen kann.

Zu der Erfassung von Gewaltaufkommen in anderen Ballungsräumen oder in Stadtstaaten: Hier kann ich zu den polizeilichen Zahlen nur sagen, dass Berlin weit vorne ist und in anderen Ländern oder Stadtstaaten oder Ballungsräumen wenig belastbare Zahlen erfasst werden und vorliegen. – Das wäre meine Stellungnahme zu den Fragen.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Vielen Dank, Herr Löher! – Noch eine Zusatzfrage: Wie hat sich nach Ihrer Einschätzung das Anzeigeverhalten über die Jahre entwickelt – positiv oder negativ?

**Uwe Löher (Polizei):** Wenn wir uns die Zahlen wieder aus dem Bereich der Dunkelfeldforschung angucken, hat sich das Anzeigeverhalten im Bereich schwerer und schwerster Straftaten so entwickelt, dass das Dunkelfeld bei Körperverletzungsdelikten je nach Schwere auf bis zu 40 Prozent heruntergegangen ist. Das war in der Anfangszeit der Einrichtung der Stelle anders. In dem Bereich ist eine Verbesserung erzielt worden. In den Bereichen Beleidigung, Körperverletzung etc. ist es schwierig, eine Einschätzung zu treffen.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank! – Dann Frau Ünsal, bitte!

**Eren Ünsal (LADS):** Vielen Dank! – Zunächst zur Frage der Evaluierung von Best-Practice-Beispielen bzw. Good-Practice-Beispielen: Ich kann nur für unser Haus sprechen. Es ist so, dass wir ein relativ umfassendes Qualitätsmanagement durchführen und unsere Projekte, die wir fördern, im Rahmen dieses Qualitätsmanagements auch evaluieren. Das betrifft sowohl qualitative als auch quantitative Evaluation. Das heißt, wir erfassen die Zahl der Teilnehmenden bzw. der angebotenen Dienstleistungen der Menschen, die beraten wurden usw. Wir haben auch im Rahmen von regelmäßigen Fortbildungen und Austauschrunden die Möglichkeit, eine qualitative Evaluierung durchzuführen. – Das erst einmal nur zu den Projekten, die wir im Rahmen der Projektförderung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen unterstützen.

Zu der Arbeit in den Schulen bzw. in den Kitas, ob es da eine Evaluation gibt, kann ich sehr wenig sagen. Da müssten wir vielleicht noch einmal die Senatsverwaltung für Bildung ansprechen.

Zu der Frage: Interkultureller Dialog – Was ist passiert? Hat sich etwas entwickelt? – Schon bei dem Begriff bildet sich bei mir sofort der Reflex, die Frage zu stellen: Was ist eigentlich interkultureller Dialog? – Aber ich glaube, dass ich weiß, was in dem Zusammenhang damit gemeint ist. Wichtig finde ich erst einmal ein paar grundsätzliche Gedanken: Wen meinen wir, wenn wir von interkulturellem Dialog sprechen? Meinen wir als Partnerinnen und Partner tatsächlich die sogenannten MSOs, die Migrantenselbstorganisationen, oder meinen wir die muslimischen Verbände? – Sehr oft werden diese beiden Zielgruppen in der Diskussion in eine Zielgruppe gepackt, aber ich denke, das ist eine wichtige Unterscheidung. Es ist auch wichtig zu sehen, dass unterschiedliche Anspracheformen und auch ein unterschiedlicher Stand im interkulturellen Dialog da ist, wenn wir uns diese beiden Zielgruppen anschauen.

Die nächste Frage ist: Was ist eigentlich das Ziel? Wo wollen wir hin? Reicht es uns, wenn Organisationen sagen oder eine Haltung einnehmen wie: Leben und leben lassen? – wie jetzt auch die Erklärung der muslimischen Verbände: Homosexualität ist für uns Sünde, aber wir wenden uns gegen jede Form der Gewalt. – Genügt uns das? Oder wollen wir die Organisationen aktiv einbinden, aktiv in die Verantwortung nehmen und sagen: Ihr sollt auch in euren Communities, in euren Zielgruppen mit uns gemeinsam Konzepte umsetzen, damit Homophobie in diesen Bereichen abgebaut werden kann? Was davon ist eigentlich das Ziel? – Wir brauchen – noch einmal – eine Verständigung über folgende Fragen: a) Meinen wir dieselbe Zielgruppe, wenn wir miteinander reden? b) Meinen wir dasselbe Ziel, wenn wir uns Strategien überlegen? – Das langfristige Ziel muss sein, die genannten Zielgruppen aktiv in eine Präventions- und Interventionsstrategie einzubinden.

Wo stehen wir jetzt? – Wir stehen eigentlich ganz gut da, wenn man sich die vergangenen zehn Jahre anschaut. Vor zehn Jahren wäre es in bestimmten Organisationen noch überhaupt nicht denkbar gewesen, über Homosexualität, geschweige denn über Homophobie zu sprechen. Wenn wir uns heute die Stellungnahmen, den Diskussionsstand und die Bewegung in bestimmten Organisationen anschauen – ich will ein paar Beispiele nennen, die aber nicht vollständig sind –, zum Beispiel im Migrationsrat in Berlin-Brandenburg, in der Türkischen Gemeinde in Deutschland, die zu diesem Thema immer präsenter wird, im Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg als Organisation – dort war es vor zehn Jahren noch gar kein Thema, und heute wird dort eine aktive Politik betrieben, und es werden Projekte umgesetzt. Es ist wichtig, das auch wahrzunehmen.

Der zweite Punkt bezieht sich auf muslimische Verbände. Es gibt eine Erklärung der muslimischen Verbände, wobei ich gleich einschränken muss, dass es fünf Verbände sind, die diese Erklärung unterschrieben haben. Da fehlt sicherlich eine ganze Reihe von Organisationen, aber im letzten Islamforum haben die Verbände, die diese Erklärung nicht unterschrieben hatten, deutlich gemacht, dass sie sich der Erklärung auch anschließen. Das heißt, es gibt einen relativen Konsens in den repräsentativen Organisationen. Sie sagen: Das ist sozusagen ein Status quo, dem wir uns anschließen können. – Das können wir jetzt als halbvolles oder als halbleeres Glas sehen. Ich neige dazu zu sagen, es ist ein halbvolles Glas, wenn muslimische Verbände immerhin sagen: Wir nehmen das als Problem wahr, und wir schauen, welche Schritte wir in dem Zusammenhang gehen können. – Um den Dialog, der begonnen hat, weiterzuführen, brauchen wir eine Regelmäßigkeit. Wir brauchen auch einen Dialog auf gleicher Augenhöhe. Wir brauchen auch die Akzeptanz der jeweiligen Grenzen oder Barrieren. Wir brauchen ein sensibles Vorgehen. Ich denke, dass wir da einen guten Anfang gemacht haben, einmal mit dem Runden Tisch gegen Homophobie, aber vor allen Dingen mit unserem Arbeitskreis, den ich vorhin genannt habe. Es ist wichtig, dort kontinuierlich weiterzugehen.

Herr Lehmann hat gefragt: Was funktioniert? Wie kommen wir an diese Verbände heran? – Es sind immer dieselben Dinge und nichts Neues oder Revolutionäres. Was immer funktioniert, ist die direkte Ansprache und der direkte Kontakt. Was immer funktioniert, ist ein gemeinsames Entwickeln, das, was wir einen partizipativen, kooperativen Ansatz nennen. Auch wichtig ist die Stärkung der Projekte, die in den sogenannten anfälligen Zielgruppen aktiv sind, in den Zielgruppen, wo tatsächlich in der Wahrnehmung der Homophobie mehr zu sehen ist. Mit Stärkung meine ich nicht nur eine ideelle Stärkung, sondern auch eine materielle.

Letzter Punkt! Zu den Zahlen: Dazu hat Herr Löher ganz viel gesagt und mir ganz viel abgenommen. Ich kann nichts zu den Kriminalstatistiken sagen, sondern nur zu allgemeinen Erhebungen zum Thema Homophobie. Da gibt es meines Wissens die Simon-Studie, wobei die Studie sich selbst keine Repräsentativität zuspricht und auch nicht repräsentativ ist. Ich finde es wichtig – das haben alle gesagt, und ich sage es jetzt auch noch einmal –, dass wir diese Zahlen bekommen, aber dass wir auch mehr Faktoren in eine Befragung mit einbeziehen, soziale Faktoren, Faktoren wie Bildungshintergrund, dass mehr als ein schlichtes Abfragen von vorhandener oder nicht vorhandener Homophobie stattfindet, auch ein In-Beziehung-Setzen von Homophobie mit bestimmten Voraussetzungen, die da sind.

Ein letzter Hinweis, und damit schließe ich und gehe noch einmal zurück zum Punkt Evaluierung und Qualitätsmanagement: Es gibt einen Transparenzbericht, den wir als LADS veröffentlicht haben, wo noch einmal nachgelesen werden kann, wie es bei den von uns geförderten Projekten aussieht.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Frau Ünsal! – Herr Yilmaz-Günay, bitte!

**Koray Yilmaz-Günay** (GLADT e. V.): Ich will versuchen, mich möglichst kurz zu fassen. Wir sind 2003 in diesem Migrationsrat Berlin-Brandenburg Gründungsmitglied gewesen, damals mit etwas über 40, heute mit etwas über 70 Mitgliedsorganisationen. Das ist in vier, fünf Jahren eine immense Entwicklung, da das Ganze herkunftsland-, hautfarben- und religionsübergreifend ist. Das ist bundesweit eine Leistung. Wir sind die einzige Organisation, wo Lesben und Schwule im Titel stehen. In der Satzung dieses bundesweit einmaligen Dachverbandes von Migrantinnen, Migranten und Selbstorganisationen steht, dass sich diese Gesamtorganisation mit ihren afrikanischen, türkischen, kurdischen, arabischen, iranischen, vietnamesischen, balkanischen und vielen weiteren Mitgliedsorganisationen unter anderem auch gegen Homophobie wendet. Das hat sie jüngst im November – glaube ich – gemacht, indem sie eine Resolution zu dem „Hetzartikel“ – wie er genannt wurde – in dem arabischen Anzeigenmagazin „al-Salam“ verabschiedet hat, die von einigen Mit-

gliedsorganisationen getragen wird. Da haben sich alle Mitgliedsorganisationen des Migrationsrates hinter diese Resolution gestellt, die vom Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg eingebracht worden war, und haben gleichzeitig in dieser Resolution deutlich gemacht, dass sie keine Lust haben, sich von die gesellschaftlichen Realitäten banalisierenden Schwulenorganisationen diktieren zu lassen, wie sie ihre Arbeit gegen Homophobie zu leisten haben. Das ist ein ganz wichtiger Umstand, weil das auf eine ganz zentrale, eine ganz wichtige Gelingensbedingung hindeutet. Es ist immens wichtig, dass Homosexuelle – Lesben weniger als Schwule, weil sie da etwas weiter sind – lernen, die Probleme der anderen als ihre zu sehen, wie sie auch von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen erwarten, die Probleme von Homosexuellen als Problem benannt und bearbeitet zu wissen. Ich halte das für etwas, um das man nicht herumkommt. Wir machen seit ungefähr zehn Jahren diese Arbeit. Wir haben sie sechs, sieben jahrelang ehrenamtlich gemacht. Wenn der Senat heute seine Förderung einstellen würde, die sich auf – ich glaube – ca. 35 000 Euro im Jahr beläuft, würden wir diese Arbeit auch weitere acht Jahre ehrenamtlich machen. Ich glaube, dass Aktionismus und „Wir müssen ganz schnell zu irgendwelchen Lösungen kommen!“ fehl am Platz ist. In Deutschland haben sich dank aktiver Bemühungen zahlreicher Leute die Gegebenheiten sehr lange nicht verändert. Dieses Land hat bis zum Jahr 2005 nicht gesagt, dass es ein Einwanderungsland sei. Es hat keine Entwicklung von Konzepten in Hauskrankenpflege, Altenpflege, Kindergärten, Bildung usw. gegeben. Es hat keine Konzeptentwicklung gegeben, wie man mit der Einwanderungsrealität in diesem Land umgeht. Das ist bei weitem nicht allein die Schuld von Migrantinnen und Migranten. Insofern ist Aktionismus in der Form wie: Wenn wir das Geld in die Hand nähmen, was würden wir dann übermorgen alles schon erreicht haben? – total fehl am Platz. Man muss sich ganz grundsätzliche Gedanken machen, wie in vielen Bereichen dieser Gesellschaft: Wie wollen wir miteinander umgehen? Was wollen wir gemeinsam als unsere Werte definieren? Wenn man sich anguckt, welche Gesetze in Berlin und bundesweit geändert werden müssten, um zu einem blöden, banalen Wert wie Gerechtigkeit zu kommen! – Ich meine nicht Generationen- oder Geschlechtergerechtigkeit. Das meine ich zwar immer mit, aber in dieser Frage geht es eher um Zugänge, um Repräsentation, um gerechte Verteilung von unbefristeten Verträgen im öffentlichen Dienst und in zahlreichen anderen Bereichen, die hier bei der Bearbeitung dieses Themas mittangiert sind.

Man hätte das früher vielleicht als „falsches Bewusstsein“ bezeichnet, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund Leute wie mich eher als Ansprechpartner für ihre Probleme, Befürchtungen oder Sorgen sehen, aber sie tun es de facto. Wenn wir im Wedding im Brunnenviertel mit dem Quartiersmanagement Veranstaltungen zum Thema Homophobie oder Homosexualität machen, kommen Jugendliche dorthin und erzählen ihre Sicht auf Homosexualität und warum sie mit uns über diese Themen sprechen, über die sie mit keinem weißen deutschen Schwulen oder keiner weißen deutschen Lesbe sprechen würden. Ich glaube, dass man das zur Kenntnis nehmen muss. Ich schätze die Arbeit von ABQueer immens, sie machen eine Super-Arbeit, aber – vielleicht kann jemand von Ihnen die Frage stellen, dann muss ich das nicht machen – vielleicht sollten sie einmal beurteilen wie es wäre, wenn bei ABQueer Leute mit Migrationshintergrund arbeiten würden. All diese Fragen muss man sich stellen, und man muss aufhören, Homophobie, die Bearbeitung von Homophobie und Homosexualität als isolierbares Phänomen zu deuten. Es gibt in dieser Gesellschaft Ausschlussphänomene, die sich gegenseitig bedingen, sich gegenseitig zum Teil verstärken und wo man nicht darum herumkommt, sie als Gesamtheit und Zusammenhang zu sehen. Da kann man nicht sagen: Wir wollen jetzt möglichst schnell ganz tolle Lösungen haben. Man muss sie gemeinsam in langen, anstrengenden Prozessen entwickeln.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Danke, Herr Yilmaz-Günay! – Herr Finke, bitte!

**Bastian Finke** (Maneo): Ich versuche auch, die Fragen der Reihe nach abzuarbeiten und kurze Antworten dazu zu geben. – Ob es sinnvoll ist, dass die Opfer ihre sexuelle Orientierung bei Anzeigeerstattung angeben? – Wir haben einen Kriterienkatalog erarbeitet, nach dem wir homophobe Gewalt erfassen. Wir haben uns hier an einen Kriterienkatalog angelehnt, der Ende der 80er Jahre von der New York Lesbian and Gay Task Force überarbeitet wurde in Anlehnung wiederum an den FBI-Kriterienkatalog zur Feststellung von hate crime – bias crime, wie es dort heißt.

Wir haben diesen Katalog übernommen und weiter bearbeitet, zuletzt auf der europäischen Fachkonferenz, die wir hier in Berlin im letzten Jahr durchgeführt haben. Wir denken, dass die sexuelle Orientierung des Opfers als Indikator zur Feststellung homophober Gewalt nur eine sekundäre Rolle spielt. Das ist nicht das alleinige Merkmal, an dem man homophobe Gewalt festmachen sollte. Wir erleben immer wieder in ganz konkreten Fällen, dass auch Männer überfallen werden, die nicht schwul sind, aber für schwul gehalten werden und auch Opfer von homophober Gewalt geworden sind.

Das leitet über zu einem weiteren Aspekt, den Sie von der Linksfraktion angesprochen hatten, dem Aspekt der Bagatellisierung. Wir erleben es leider so, dass viele Reaktionen auf erlittene homophobe Gewalt darauf hinauslaufen, dass weggeschaut wird, dass diese Form von Gewalt nicht ernstgenommen wird, beispielsweise an Schulen, wo Lehrer weggucken, wo auch andere weggucken, oder dass z. T. auch über lange Zeit – in Berlin aber immer seltener – die Polizei nicht richtig hingeschaut hat. Ich erinnere mich noch sehr gut an ein Telefonat – nicht mit einem Vertreter der Berliner Polizei, sondern mit einem aus Bayern –, wo ich auch versucht habe, mit einer Pressestelle über das Thema homophobe Gewalt zu sprechen, und als Antwort bekommen habe: „Was soll das denn sein?“ – Das ist noch ein Problem, mit dem wir alltäglich konfrontiert werden. Das ist auch etwas, was sich dann bei den Betroffenen ausdrückt und bemerkbar macht. Jemand, der ständig hört, das sei eigentlich keine Gewalt, das sei gar nicht so wichtig und ernst, kommt nach einer Weile selbst dazu, das auch nicht mehr wichtig und ernst zu nehmen. So erleben wir auch gerade unter den Opfern von Gewalt eine sehr ausgeprägte Bagatellisierung, die dann zu uns kommen und sagen: „Na ja, es war ja nicht so schlimm. Ich bin angepöbelt worden.“ – und damit ein blaues Auge meinen, was eine erhebliche körperliche Verletzung darstellt. Diese Form von Bagatellisierung bemerken wir auch hier in Berlin massiv. Der Grund, warum wir ein sehr hohes Dunkelfeld nicht angezeigter Straftaten haben, ist, dass viele Betroffene uns fragen: „Was bringt das? Was soll das überhaupt?“

Anders sieht es aus, wenn es um weitere Formen von homophober Gewalt geht – wo Täter gezielt die Ängste der Opfer ausnutzen, nämlich die Angst, ihre Homosexualität könnte bekannt werden, oder die Angst, dies bei der Polizei so konkret zu benennen –, die sich dann z. B. mit Raubdelikten mischen, wo Täter gezielt Orte aufsuchen, wo sie wissen, dass sie schwule Männer antreffen, beispielsweise in den sogenannten Cruisinggebieten. Keine alte Frau wird mit ihrem Dackel nachts um ein Uhr an der Löwenbrücke spazieren gehen. Es ist klar, wen man dann dort antrifft, und das nutzen die Täter aus. Sie gehen bewusst und gezielt dorthin, um schwule Männer zu überfallen. Das ist auch ein zu berücksichtigendes Kriterium.

Zu den Opferzahlen – danach hatte die CDU gefragt –: Wir haben für uns 190 Fälle homophober Gewalt, mit homophoben Kriterien, aus einem Komplex von 270 Fällen, die uns gemeldet wurden, festgestellt. Ich hatte darauf verwiesen, dass die anderen Fälle auch in einem Kontext stehen, wo Homosexualität eine ganz wichtige Rolle spielt – warum keine Anzeige erstattet wird oder warum Opfer damit Probleme haben –, die aber nicht klassisch homophobe Gewalttaten sind. Ich hatte deutlich gemacht, dass die Umfrage, die wir hier in Berlin durchgeführt haben, nicht repräsentativ war. Trotzdem: Wenn allein über ein Drittel der 3 000 Teilnehmer aus Berlin – das sind über 1 000 – von Gewalttaten, von Vorfällen berichtet, die innerhalb der letzten zwölf Monate stattgefunden haben, dann können wir einschätzen – wenn wir dann unsere Zahlen oder die der Polizei hören und vergleichen, was davon tatsächlich angezeigt worden ist –, dass wir hier noch ganz am Anfang stehen und noch mehr machen müssen – obwohl sich gerade in den letzten Jahren eine Menge verändert und verbessert hat. Wir befinden uns hier am Anfang. Wir haben noch einen langen Weg vor uns. Da spielt auch die Vor-Ort-Arbeit, auf die ich vorhin verwiesen habe, wie wir sie über viele Jahre praktiziert haben, eine sehr große Rolle.

Multiplikatoren in den Szenen sind auch für uns wichtige Ansprechpartner, vor allem an den Treffpunkten, wo sich schwule Männer am Wochenende oder am Abend aufhalten. Das sind Cafés, Barbetriebe und Veran-

staltungsorte. Hier haben wir in der Vergangenheit eine sehr gute Zusammenarbeit entwickelt, die aber leider – wie ich vorhin auch erklärt habe – immer mehr der Zunahme der Fälle, die wir zu bearbeiten haben, geopfert werden musste, sodass diese Netzwerke gar nicht mehr so stabil sind. Uns gehen dadurch viele Erkenntnisse verloren, die z. B. auf Serientaten hindeuten, die wiederum hilfreich sein könnten, um Täter schnell zu ermitteln und zu fassen. Das ist höchst bedauerlich. Wir betrachten diese Form von Gewaltprävention auch als Gewaltschutzarbeiten und haben auch entsprechende Anträge gestellt, die leider abgelehnt wurden. Hier muss noch mehr getan werden. Die Polizei leistet – mit uns im Verbund – sehr viel Aufklärungsarbeit in den Szenen. Aber das ist aufgrund der Vielfalt unserer schwul-lesbischen Szenewelten in Berlin sehr schwierig, ein sehr komplexes Arbeitsfeld. Gerade aufgrund sich verändernder Strukturen, die wir ständig ausmachen müssen, ist es eine permanente Aufgabe, die hier geleistet werden muss. Deshalb ist es von unserer Seite aus nicht zu verstehen, warum diese Arbeit nicht viel konsequenter und besser gefördert wird. Es würde sich lohnen, den Tätern schnell das Handwerk zu legen. Da sind jedoch schnelle Signale erforderlich: Opfer lassen sich nicht weiter verängstigen, wehren sich, gehen zur Polizei und erstatten Anzeige. Das muss unser Ziel sein.

Sie hatten nach der Dauer der Verfahren gefragt. Hier erleben wir leider auch – wie es in Berlin üblich ist –, dass wir oftmals sehr lange auf Gerichtsverfahren warten müssen. Eine Wartezeit von bis zu einem Jahr, bis die Verfahren eröffnet werden, ist keine Seltenheit. Im Jugendbereich geht es oftmals ein bisschen schneller. Vorbildhaft arbeiten hier zwei Richter in Neukölln. Frau Richterin Heisig hat sich schon mehrfach öffentlich geäußert, dass es sinnvoll ist, hier sehr schnell Zeichen zu setzen. Gerade bei vorurteilsmotivierter Gewalt ist es sehr wichtig, schnelle und deutliche Signale zu setzen – was auch die Gesellschaft möchte.

Zu den Anzeigen: Wir wissen aus Gesprächen mit Opfern, dass diejenigen, die sich an uns wenden, oftmals Informationen brauchen, die ihnen für den Schritt, Anzeige zu erstatten, fehlen. Wir können ihnen dann, wenn sie sich an uns wenden, diese Information bieten, und sie gehen dann auch oftmals diesen Schritt, nachdem sie die Beratung und auch Unterstützungsangebote von uns erhalten haben. Folgende Hürden machen es den Opfern oftmals schwer, Anzeige zu erstatten: Wo finde ich weitere Unterstützung? Wer steht mir bei? Wo werde ich ernstgenommen? – Da wird manchmal sehr konkret nach dem Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Berliner Polizei, Herrn Uwe Löher, gefragt: Hier werde ich offensichtlich ernster genommen, als wenn ich mich nur an einen Abschnitt wende. – Da können wir auf die gute Kooperation mit dem Ansprechpartner verweisen. Es funktioniert sehr gut, hier schnelle Brücken zu bauen.

Die letzte Frage der FDP war, ob sich Vereine aus der Migrantengemeinschaft möglicherweise der Kooperation versperren. – Wir können nur darauf verweisen, dass es auch Schwierigkeiten gibt und Gespräche auch nicht funktionieren. Der LSVD müsste dazu etwas erzählen können, dass es oftmals schwer ist, dieses Gespräch fortzusetzen. Es gibt oftmals das Problem, dass man sich dort Gesprächen verweigert und diese Gespräche eher mit anderen führt. Wir meinen, dass man mit allen Gesprächen führen muss und sich nicht über Jahre hinweg diesem Dialog verweigern kann. Das sollte nicht passieren. Wir alle müssen daran arbeiten, dass die Brücken wieder aufgebaut werden. Wir können es uns hier in der Stadt nicht erlauben, dass Vereine sagen: Ich spreche nicht mehr mit euch. – Das geht so nicht. – Das war's! Vielen Dank!

**Vorsitzender Peter Trapp:** Schönen Dank, Herr Finke! – Wer antwortet für ABQueer? – Bitte, Herr Recla!

**Ammo Recla** (ABQueer e. V.): Wir werden uns das ein bisschen aufteilen. Ich antworte auf die Fragen, die schnell zu beantworten sind. – Welche pädagogischen Konzepte könnten wirksam werden? – Die Kollegin und der Kollege von KomBi haben schon gute Vorschläge gemacht, die wir unterstützen.

Sollen die Fortbildungen verpflichtend sein? – Auf jeden Fall! Es gehört zu jeder Profession, sich fortzubilden und am Puls der Zeit zu bleiben. Ich denke, Diversity in den Schulen oder den Jugendfreizeiteinrichtungen zu implementieren, ist eine große Herausforderung. Das haben wir schon gehört. Deswegen sollte das auf jeden Fall verpflichtend sein. Das heißt zwar nicht, dass die Motivation bei einer solchen Veranstaltung exorbitant hoch sein wird, aber das hängt wiederum von der Durchführung der Veranstaltung ab. Ich denke, wenn die qualifiziert ist, merken die Leute auch sehr schnell, dass es ihnen in ihrer Alltagspraxis hilft und

genau das ist es, was sie brauchen. Wenn sie das merken, weil sie schon mal da sind, dann wird es auch einen guten Schritt vorangehen.

Die Frage von GLADT, wie es aussehen würde, wenn bei ABQueer mehr Migrantinnen und Migranten oder Personen mit migrantischem Hintergrund arbeiten würden, stellen wir uns auch immer wieder. Wir haben keine praktische Antwort darauf. Das ist schade. Seit Jahren arbeiten wir daran, dass sich das Thema Multikulturalität auch in diesem Bereich, in unserem Projekt personell widerspiegelt. Wir haben viele Erklärungen dafür, warum es das nicht tut. Eine unserer entscheidenden Strategien dagegen ist, eng mit GLADT zusammenzuarbeiten und vielleicht in absehbarer Zeit Projekte zu entwickeln, wo wir gemeinsam Veranstaltungen in Schulen durchführen können, um zu testen, wie das in der Praxis aussieht. Ich teile die Einschätzung oder finde es vollkommen verständlich, dass Jugendliche, die selbst einen migrantischen Hintergrund haben, sich an Personen wenden, die pädagogische Angebote machen und selbst einen Migrationshintergrund aufweisen können. Das gestaltet sich sehr viel anders als ein Angebot, das zwar gut gemeint ist und sich inhaltlich auch alle Mühe gibt, mehrdimensional zu denken, sich aber in der Person nicht sichtbar widerspiegelt, sondern große Teile der Dominanz- und Mehrheitsgesellschaft widerspiegelt. Dann haben wir sofort wieder Dynamiken in einem pädagogischen Prozess, die sich im Lernprozess eher als hinderlich denn als förderlich darstellen. – Insofern glaube ich auch, dass eine personelle Verstärkung in der Aufklärungsarbeit mit Jugendlichen enorm viel Gewinn bringen wird. Ich kann von unserer Seite aus nur sagen: Wir sind dran. Aber auch da sind die Ressourcen begrenzt. Das entschuldigt nicht, dass man es nicht versucht.

Die letzte Frage, die ich noch beantworten möchte, ist: Wie sieht die Ressourcenausstattung in anderen Städten oder Stadtstaaten aus? – Das ist sehr unterschiedlich. Im bundesweiten Vergleich ist Berlin oder sind konkret wir als eines der Aufklärungsprojekte, die aus der Emanzipationsbewegung stammen und ehrenamtlich arbeiten, sehr gut ausgestattet. Aber es wurden durchaus auch in anderen Bundesländern die Zeichen der Zeit erkannt und mehr Ressourcen verteilt. Konkret gibt es da nur einige Verbesserungen. Man muss da nach Dresden gucken, man kann auch nach NRW gucken – wobei NRW ein bisschen schwierig ist, weil dort nach dem Regierungswechsel bei der finanziellen Unterstützung für die lesbische und schwule Subkultur sehr gestrichen wurde. Das hat auch dramatische Folgen für die Aufklärungsarbeit. Aber wiederum hat sich da gezeigt, dass die – ich nenne das mal – – Vielleicht besser nicht! Sagen wir es so: Es gibt Licht am Horizont, und sobald die Kolleginnen und Kollegen in NRW mehr personelle Ressourcen haben, kann man von einer Zusammenbindung sprechen, weil sie gleich NRW-weit arbeiten und nicht – wie die anderen Projekte – immer nur stadtweit. Da gibt es Ressourcen, die sich ergänzen, und man merkt deutlich: Wenn Ressourcen zusammengebunden werden, dann gibt es auch die vielbeschworenen Synergieeffekte. Das macht die Arbeit gut. Projekte, die gerade in NRW speziell gefördert wurden oder eine spezielle Förderschiene bekommen haben, haben sehr gute Ergebnisse erreicht, auf die wir sicherlich auch zurückgreifen können, weil sie online zur Verfügung stehen. Das ist viel wert. – Also die Aufklärungsprojekte in Deutschland sind eng miteinander vernetzt. Das macht viel Sinn. Aber die Ressourcenausstattung ist in vielen Städten verheerend. Wie es bei uns aussieht und ob sie bei uns ausreichend ist, wird Ihnen unser Schatzmeister Dirk Liebisch berichten.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Bitte schön, Herr Liebisch, Sie haben das Wort!

**Dirk Liebisch (ABQueer e. V.):** Da ich mich jetzt erst zu Wort melde, einen sehr guten Tag! – Die Ressourcenausstattung von unserem Verein sieht so aus, dass wir ca. 60 000 Euro von der Senatsverwaltung bekommen. Ca. 80 Prozent davon gehen in die Personalkosten von Herrn Recla hinein. Das ist unser einziger hauptamtlicher Mitarbeiter, der quasi alles, was anfällt, übernehmen muss. Danach haben wir noch ein bisschen Geld für Miete, Telefon und Öffentlichkeitsarbeit. Es sind auch noch einige Honorarmittel dabei. Aber wir haben nicht sehr viel Spielraum. Wir sind quasi an der Grenze der Kapazität. Mehr Geld, sprich: eine weitere Person, die sich z. B. nur um die Aufklärungsarbeit kümmern könnte, wäre sehr gut eingesetztes Geld, da es auch zu mehr Problemen mit dem Nachwuchs der ehrenamtlichen Kräfte kommen wird, die die Arbeit machen und vormittags in die Schulen gehen. Das Aufklärungsprojekt setzt sich fast ausschließlich aus Studenten zusammen. Das war in der Vergangenheit der einfachste Pool, um ehrenamtliche Kräfte zu generieren, die vormittags Zeit haben, um in Schulen zu gehen. Durch das Bachelorsystem wird es vormittags ein bisschen knapp mit der Zeit. Das bekommen wir mehr und mehr zu spüren. Wir haben zwar einige Bachelorstudenten, aber es sind vorwiegend noch Diplomstudenten, die bei uns sind.

Um einen kleinen Anreiz zu schaffen, haben wir in diesem Jahr auch Aufwandsentschädigungen beantragt, um für die Arbeit, die geleistet wird, ein wenig zu bezahlen. Wir haben einmal durchgerechnet, dass es ungefähr vier bis fünf Stunden pro Woche sind, mit einer Sommerpause und allen Fortbildungen gerechnet – mindestens zwei Fortbildungen am Wochenende pro Jahr und diverse Fortbildungen an unseren Teamabenden. Unsere Teamabende sind wöchentlich, obligatorisch mindestens zwei Stunden lang. Dazu kommen die Vorbereitung, die Durchführung und die Nachbereitung von Schulveranstaltungen. Dort gehen im Regelfall vier Personen hin, zwei Personen, die männlich sozialisiert sind, die zur Jungengruppe gehen, und zwei Personen, die weiblich sozialisiert worden sind, die zur Mädchengruppe gehen. Das ist ein ziemlicher hoher Personaleinsatz, der ehrenamtlich gedeckt wird, aber auf Dauer so nicht haltbar ist.

Dann noch etwas anderes, was die Kapazitäten und Ressourcen angeht: Es gibt diese wunderbare Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer – die maßgeblich auch aus unserem Verein stammt –, wie sie mit dem Thema Homosexualität in der Schule umgehen können. Ich erinnere mich gut daran, dass es eine Bitte der Senatsverwaltung gab, vom Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, ob wir nicht bei der Verpackungsaktion helfen, also ehrenamtliche Kräfte in die Senatsverwaltung schicken könnten, damit diese Dinge eingepackt werden können, um an alle Schulen geschickt zu werden. Das Schlimme daran ist: Es wurde sehr viel Zeit investiert, diese Handreichung zu machen und zu verschicken. Aber wenn man dann in die Schulen geht und nachfragt: Kennen Sie diese Handreichung? –, dann wird einem in 95 Prozent aller Fälle ein Kopfschütteln entgegengehalten. Es wird also viel Arbeit investiert, aber es kommt in den Schulen nicht an. – Das noch zu der Ressourcenfrage. – So weit von mir.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Danke, Herr Liebisch! – Wer wird für KomBi e. V. antworten? – Herr Kugler, bitte!

**Thomas Kugler** (KomBi e. V.): Wir werden uns das auch aufteilen. – Ich möchte gern die Frage von Herrn Lederer nach Erfahrungen mit Konzepten und Gelingensfaktoren aufgreifen. Es gibt eigentlich keinen Mangel an Konzepten. Einige sind schon genannt worden, vor allem aus dem Bereich der Diversity-Education. Menschenrechtsbildung, die geschlechtsbewusste Pädagogik, die vorurteilsbewusste Bildung und weitere sind da zu nennen. Vielleicht drei Beobachtungen aus der praktischen Arbeit: Als Türöffner hat sich hier die Einbindung in das Thema Antidiskriminierungsarbeit, Diversity, also ein breiterer Ansatz bewährt. Das können wir klar aus der Praxis sagen.

Zweite Beobachtung: Das Alter ist entscheidend – je jünger, desto besser. Das Beispiel, das ich Ihnen vorhin genannt hatte, war: siebte Klasse, aber wir arbeiten auch mit Grundschulen, sechste Klasse. Da kommen die Mädchen und Jungen ganz anders an, als wenn die Wirren der Pubertät eingesetzt haben. Man kann ganz anders diskutieren. Gerade eingebettet in einen breiteren Ansatz, der deutlich macht: Vielfalt hat mit allen zu tun –, sind da, glaube ich, die besten Erfolge zu erzielen, auch mit den Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, hier den Erzieherinnen und Erziehern im Bereich der frühkindlichen Bildung, wo wir auch aktiv sind.

Dritte Beobachtung: Die Kompetenz der Trainerinnen und Trainer halte ich für entscheidend. Das hat zum einen mit Ausbildung und zum anderen mit Erfahrungskompetenz zu tun, auch mit den angewandten Konzepten. Da sehe ich manchmal die Grenzen des Peer-Ansatzes durchaus berührt.

Es gibt also keinen Mangel an Konzepten. Wo liegt der Knackpunkt? – Der hat sich in der Vergangenheit schon – das weiß auch die Bildungsverwaltung – herauskristallisiert: Es geht um die Erreichbarkeit der Zielgruppen. Das ist ganz entscheidend. Ich würde gern, wenn Sie heute eine Erkenntnis aus unserem Bereich mitnehmen, die vermitteln, dass hier Bedarf und Nachfrage weit auseinanderklaffen. Warum es einen riesengroßen Bedarf gibt, ist, glaube ich, in allen Ausführungen, die hier zum Thema Homophobie gemacht wurden, deutlich geworden. Dass die Nachfrage aber sehr gering ausfällt, ist Teil des Problems, denn pädagogische Fachkräfte haben viele anderen Sorgen und nicht als erste Sorge: Was kann ich gegen Homophobie tun? – Das ist einfach so, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Da stellt sich dann die Frage, die auch Herr Lehmann gestellt hat, ob man Fortbildung verpflichtend machen soll. Ja! – sagen wir mit den Kollegen von ABQueer. Vielleicht gibt es aber auch noch andere Möglichkeiten. Ich war interessierter Zuhörer bei einem kollegialen Austausch mit einem Kollegen aus England von

„School's out“, der berichtet hat, dass die dortigen Lehrer und Lehrerinnen eine Extrahonorierung – Stichwort Anreizsysteme –, Incentives, bekommen, wenn sie eine Fortbildung bei „School's out“ besucht haben. Sie bekommen also eine finanzielle Belohnung dafür. Wir sind ein bisschen erschüttert, wenn wir von der Bildungsverwaltung hören, dass nur fünf Prozent der Berliner Lehrer und Lehrerinnen überhaupt an Fortbildungen teilnehmen. Das erscheint uns eine sehr geringe Zahl. Man müsste vielleicht kreativ darüber nachdenken, wie man die Fortbildungsbereitschaft erhöhen könnte – unter Berücksichtigung aller Belastungen, denen Lehrer und Lehrerinnen unterliegen. – So viel dazu.

Zu der Frage von Herrn Juhnke, wie wir uns vom Senat finanziell unterstützt fühlen, wird Sie unsere Antwort bei einer Förderung von null Euro nicht überraschen: Mangelhaft! – Die konkrete Frage von Herrn Lux, wie hoch unsere Bedarfe sind, wurde schon einmal vom Hauptausschuss an uns gerichtet. Allerdings ist das 16 Jahre her. Damals sagten unsere Vorgänger und Vorgängerinnen, 180 000 DM, und Ihre Vorgänger und Vorgängerinnen sagten Ja. – Das können wir jetzt noch einmal in die Diskussion bringen und vielleicht an geeigneter Stelle weiter besprechen. – Aber jetzt gebe ich an meine Kollegin weiter.

**Stephanie Nordt** (KomBi e. V.): Ich möchte ein Beispiel nennen. Herr Kugler hat gerade das Stichwort Anreizsystem gegeben, also Menschen durch Belohnung in Fortbildungen zu bekommen. Eine andere Strategie wäre die des Top-down. Da möchte ich ein Beispiel aus Australien nennen. Dort gibt es auch eine Organisation; sie heißt „Pride and Prejudice“. Sie hat ein pädagogisches Konzept für Schulen entwickelt, wo es darum geht, zum einen Infoveranstaltungen für ganze Kollegien, also die Lehrer und Lehrerinnen, zu machen, und zum anderen darum, mit den Schulklassen zu arbeiten und in Erweiterung dessen auch Elternarbeit zu leisten. Sie haben sich sehr abgemüht – wie wir das auch hierzulande kennen –, die Schulen davon zu überzeugen, dass das ein wichtiges Thema ist usw. Gleichzeitig gab es eine breit angelegte australienweite Studie; sie hieß „Writing Themselves In“. Das war eine große repräsentative Studie mit – ich glaube – um die 3 000 lesbischen, schwulen und bisexuellen Schülern und Schülerinnen, also Jugendlichen. Sie war auch sehr repräsentativ bezüglich der Diversität innerhalb dieser Gruppen. Es kamen erschreckende Ergebnisse heraus. Es gab Zahlen, Daten und Fakten. Durch eine Wiederholung der Studie ein paar Jahre später – „Writing Themselves In Again“ hieß sie –, die diese Zahlen bestätigt hat, hat dann ein großes Aufbegehren in der Bevölkerung bzw. in der Politik stattgefunden. Es wurde auch nach einzelnen Bundesstaaten unterschieden, und es stellte sich heraus, dass u. a. in Tasmanien das Ausmaß der Homophobie enorm war – und entsprechend die psychosoziale Belastung der Jugendlichen. Dies hat dazu geführt, dass das tasmanische Bildungsministerium Handlungsbedarf entdeckt und dieses Programm verpflichtend gemacht hat. Dieses Programm, das „Pride and Prejudice“ sehr erfolgreich entwickelt und auch schon durchgeführt hatte, wird jetzt verpflichtend für alle Schulen. Ich weiß leider nicht, ob die Grundschulen auch schon inkludiert waren. Aber zumindest für alle anderen Schulen in Tasmanien gab es die politische Vorgabe, dieses Programm zu durchlaufen.

**Vorsitzender Peter Trapp:** Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken! – Sie sehen – 13 Uhr ist eigentlich die Deadline unseres Ausschusses –: Wir haben Ihnen unsere gesamte Zeit zur Verfügung gestellt. Ich bedanke mich recht herzlich. – [Beifall] – Ich glaube, wir haben viele Informationen mitgenommen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Restnachmittag.

Die weitere Beratung des Antrags Drucksache 16/1966 wird bis zum Vorliegen des Wortprotokolls vertagt.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der FDP  
**Berlin setzt sich ein für eine Lockerung der restriktiven Visumpolitik gegenüber asiatischen Staaten**  
Drs 16/1449

[0100](#)  
\*

Vertagt.

**Punkt 4 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der FDP  
**Personalentwicklung konkret: Rotation auf Bundes- und  
Europaebene ausbauen**  
Drs 16/1877

[0124](#)

Vertagt.

**Punkt 5 der Tagesordnung**

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Punkt 6 der Tagesordnung**

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.